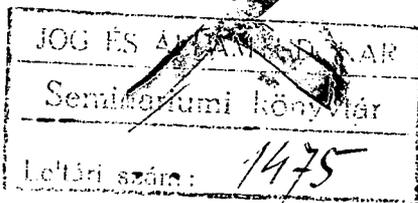


XXXIII 18



Graf Andrassy

auf der

Anklagebank der Delegationen

und

noch etwas mehr Licht über die letzten -18 Monate österreichischer Orientpolitik und die unvermeidlichen Lücken im „Rothbuche“.

Vom Verfasser der

„Fünf Jahre Andrassy'scher Staatskunst“.

München.

Verlag von Caesar Fritsch.

1878.

Motto:

Was sollte man da noch hören?
Wär's nicht nur uns zu bethören?
Jeden der Fehler gross und klein
Seht genau auf der Tafel ein. —
„Falsch Gebäud“ — „unredbare Worte“
„Verkehrt“, „verstellt“, Alles am falschen Orte,
Ganz unverständliche Melodei
Aus allen Tönen ein Mischgebräu!
Meister zählt mir die Striche nach;
Verloren hätt' er schon mit dem acht',
Doch so weit wie der hat's noch keiner gebracht. —

Die Meister:

Ja wohl so ist's. Ich seh' es recht!
Mit dem Herrn Ritter steht es schlecht.

(Rich. Wagner's „Meistersinger“ I. Akt letzte Scene.)



In den Hundstagen 1876 — bald nach Schluss der Delegationen in Pest, unmittelbar nach den Minister-Conferenzen in Berlin, erschien eine Broschüre „Fünf Jahre Andrassy'scher Staatskunst und die Orient-Politik Oesterreich - Ungarns,“ welche das ungewöhnlichste Aufsehen machte; die hervorragenden Wiener und Berliner Zeitungen füllten ganze Spalten mit Auszügen aus derselben und widmeten der Besprechung des Inhalts lange Besprechungen und Leitartikel. Wochenlang bildeten die „Fünf Jahre Andrassy'scher Politik“ das stehende Thema in politischen Kreisen und in öffentlichen Organen; man zerbrach sich die Köpfe, wer der Verfasser sein könnte, in welcher Absicht, zu welchem Zwecke diese „Sensationsbroschüre“ überhaupt geschrieben worden sei. Ueber den anonym gebliebenen Verfasser circulirten die widersprechendsten Angaben und Gerüchte. Bald wurde ein „Hofrath im Ministerium des Aeusseren“ mit einem stark pronocirten czechischen Namen, der etwas später aus noch nicht ganz aufgeklärten Gründen nach Konstantinopel befördert wurde, bald ein baierischer Reichsrath und Minister a. D., bald wieder ein ehemaliger Honvedoberlieutenant und deutsch-ungarischer Redacteur, der schon 1870 eine Andrassy-Broschüre geschrieben haben sollte, genannt. Bald wurde die Schrift auf preussische, bald auf russische Inspiration zurückgeführt. Geradezu komisch war die Haltung der Berliner und Wiener Officiösen der Sensations-Broschüre gegenüber. Während man anfänglich günstig und wohlwollend die ersten Theile der Broschüre beurtheilte, fiel alsbald das gesammte officiöse und officiële „Federvieh“ über den Autor und seine Schrift her und veranstaltete ein publicistisches Autodafé mit beiden, obgleich der Verfasser im Grossen und Ganzen die Politik des Grafen Andrassy entschieden gebilligt und die Verdienste des Ministers um Erhaltung des Friedens, um die innären und äusseren Verhältnisse der Monarchie rühmend hervorgehoben hatte.

Der unbekante Verfasser wollte eben nicht in die Fussstapfen der blinden Anhänger und Anbeter des Ministeriums des Auswärtigen treten, welche zwar nicht an die Infallibilität des Papstes wohl aber an die der — jedesmaligen k. k. Regierung glauben und gewohnt oder genöthigt

sind „auf des Meisters Worte zu schwören“. Er glaubte der Sache des leitenden Ministers, welche ja zugleich die Sache des Vaterlandes ist, mehr zu nützen, wenn er, seine Unabhängigkeit während, ebenso die unbestreitbaren Vorzüge der Andrassy'schen Politik, wie ihre Schwächen und Mängel nachzuweisen versuchte und eine Warnungstafel für den Grafen Andrassy aufrichtete, damit dieser nicht nach links oder rechts stolpere, und mit seinem Falle zugleich das ganze Reich mitreisse, welches, um ein geflügeltes Wort zu gebrauchen, „keinen einzigen Fehler mehr machen dürfe“.

Noch ärger geberdete sich ein grosser Theil der Wiener Blätter, an ihrer Spitze die „neue freie Presse“, welche in eigenhändigen sehr langen und höchst langweiligen Etienne'schen Leitartikeln dem unbekanntem Autor zu Leib ging. Nur schade, dass der Verfasser einen Panzer gegen solche wuthschraubenden Angriffe trägt, und Vernichtungsartikel der „neuen freien Presse“ fast stets das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung — „kolossale Heiterkeit“ bewirken. Verdient hatte der Verfasser übrigens dieses „Wuthgeschrei in Israel“, da er mehr als einem Tonangeber und Führer der herrschenden Parthei etwas unsanft auf den Fuss getreten war, ohne zu bedenken, dass viele Herren von der Presse und vom „Parlament“ im Laufe der Krachjahre sehr empfindlich und schwach geworden sind. Der Verfasser, der gottlob die klingende Anerkennung des literarischen Bureau am Ballplatze nicht nöthig hatte, scheint auf dieses „Herunterreissen“ der officiösen Consorte gefasst gewesen zu sein und provocirte dasselbe gewissermassen. In seiner Schrift (Seite 39) meint er:

„Wir zählen aber nicht zu dem, trotz der Schmälerung des Pressfonds, noch immer nicht ausgestorbenen Corps der Press-Söldlinge Andrassy's oder Unger's, auch nicht zu den Franc-tireurs, welche momentan brodlos und durch den Krach um ihr Amt gekommen, gerne wieder in ein oder das andere Bataillon der officiösen Scribenten eingereiht werden möchten. Wir machen uns vielmehr darauf gefasst, von der officiösen Compagnie nach Herzenswunsch des *avouir* zu werden, und den Schwarm honigsüsser officiöser Stechbienen und Zeitungshummeln auf unsere Schrift sich niederlassen, und dieselbe zerstechen und zerfetzen zu sehen, dass kein Blatt, keine Zeile unbenagt bleibt. Es wird dies auch auf Commando von der Herrengasse, vom Judenplatz und vom Ballplatz geschehen, — wir sind darauf gefasst — wohl bekomms! Es sind die schlechtesten Früchte nicht, an welchen solche Wespen nagen.“

Auf die Gefahr hin, nochmals von den „officiösen Stechbienen“ Andrassy's als „unberufener Freund“ und nicht beauftragter Verfechter seiner Politik weidlich heruntergemacht zu werden, woran uns sehr wenig liegen würde, griffen wir zur Feder, um gleichsam eine Fort-

setzung und Ergänzung der vor 1½ Jahren erschienenen „Sensationschrift“ zu liefern und die „18 Monate“ nach den „Fünf Jahren“ und die Orient-Politik Andrassy's seit den letzten Delegationen (Mai—Juni 1876) bis zum Schluss dieses Jahres einer kurzen Erörterung zu unterziehen.

Nach achtzehn Monaten steht Graf Andrassy abermals vor den — diesmal in der alten Reichshaupt- und Kaiserstadt Wien versammelten — Delegationen, um seine Politik zu declariren, zu verantworten. Die Einleitung der Verhandlungen bot diesmal für den fernstehenden Beobachter wenig Erbauliches. Kaum waren die Sitzungen formell eröffnet, da ging auch das Sturmläuten und Sturmlaufen gegen die Regierungsbank los, als ob es gegolten hätte, dasselbe Ministerium, dem man vor 18 Monaten ein entschiedenes Vertrauensvotum gegeben hatte, und welchem man eine ähnliche Kundgebung schon 14 Tage später abermals nicht vorenthielt, so ohneweiters in Anklagestand zu versetzen, als ob man nur darauf gewartet hätte, den Grafen Andrassy vor dem In- und Auslande zu discreditiren und ihn unnachsichtlich zum sofortigen Rücktritt zu zwingen. Es passirte hiebei einigen Herren Delegirten, dass sie in einem Athem erklärten, dass die Politik des Grafen Andrassy ihnen ganz unklar und eigentlich unbekannt sei und sie dennoch abfällig kritisirten. Wie kann man aber — fragt sich der nüchterne Leser, über etwas urtheilen, was man nach eigener Erklärung noch nicht einmal kennt? Warum warteten die Herren Heisssporne nicht wenigstens das Exposé ab, das Graf Andrassy voraussichtlich und unaufgefordert in einer der ersten Sitzungen gegeben haben würde, oder die Actenstücke, welche (in dem wieder redivivirten Rothbuche) den Delegirten vorgelegt werden sollten?

Musste denn das Präludium, das Vorspiel der gegenwärtigen Saison schon so stürmisch erregt sein, wie etwa das Vorspiel der Wagner'schen „Walküre“, das mit seinen gepeitschten Gewitterschauertönen mit der Thür in Hundings Haus fällt?

Fühlten denn die Heisssporne der österreichischen Delegationen nicht, dass sie sich um allen Effect bringen, ihrer gewiss in manchen Punkten immerhin berechtigten Kritik die Spitze abbrechen mussten, wenn sie schon anticipando negirten und kritisirten, ihr bestes Pulver verschossen und mit geistigen Dynamit das Gebäude der Andrassy'schen Politik sprengen und über den Haufen werfen wollten! Der unbefangene Leser musste, wenn er die Absicht merkte, verstimmt werden über diese Opposition um jeden Preis, über diese Sturm-Signale im Glas Wasser, und in der That trat bald ein Umschwung in der öffentlichen

Meinung und zwar entschieden zu Gunsten des Grafen Andrassy ein, dem auch die Herren Delegirten gewissermassen Rechnung tragen mussten, indem später die Haupt-Redner klein beigaben und sich belehren liessen. Graf Andrassy schlug mit gewohnter Sicherheit und Gewandtheit die ersten Plänkler zurück, zeigte sich auch diesmal hieb- und schussfest und gab Jedem zurück „was ihm gebührte“, wodurch er freilich das bekannte Wiener Türken- und Welt-Blatt in gewaltige Wuth versetzte. Wir wollen uns nun den Ereignissen der bedeutungsvollen, wenngleich traurigen Epoche vom Juli 1876 bis auf die letzten Wochen zuwenden. Wir wollen uns nicht gerade an eine chronologische Reihenfolge der Ereignisse binden, vielmehr in grossen Umrissen und knappen Strichen das aufzählen, was Graf Andrassy **gethan** und was er unterlassen hat. Nicht wir wollen sprechen, die Thatsachen selbst wollen wir sprechen lassen. *Facta loquuntur!*

München, Anfangs Januar 1878.

Die mit sicherer Hand geleitete, ihrer Ziele bewusste und von tüchtigen Kräften unterstützte Politik des Grafen Andrassy hat abermals eine gute weite Strecke zurückgelegt und eine schwierige Epoche hinter sich — das erste Stadium des russisch-türkischen Krieges. Die Häuser der nächsten Nachbarn stehen lichterloh in Flammen, aber gottlob, der Brand hat das eigene Haus noch nicht ergriffen. Oesterreich-Ungarn brauchte noch nicht einmal Sturm zu läuten und die allerdings stets bereite Löschmannschaft aufzubieten. Das Einzige, was wir nicht unterlassen konnten, war die Aufnahme einer grossen Anzahl hilfsbedürftiger Flüchtlinge, „Abbrändler“, wie man sie bei uns nennt, die uns zwar bereits viel Geld kosteten, die wir aber doch nicht zurückweisen oder dem Elend und Verderben preisgeben konnten, ohne mit unserer eigenen und den Traditionen der Humanität des wahren Christenthums zu brechen. —

Dass es so kam, das war doch nicht das Walten des blinden günstigen Zufalls, den man, wenn man ihn überhaupt gelten lässt, (nach Lessing gibt es keinen Zufall!) wenigstens in der Politik nicht walten lassen darf. Das war vielmehr die kluge Fürsicht der Andrassy'schen Politik, welche auf Alles gefasst, auf Alles vorbereitet war, und

deren eigentliches ziemlich durchsichtiges Geheimniss und Hauptvorzug darin bestand, **dass sie keinen Schritt zu wenig aber auch keinen zu viel machte**, sich gleich vorsichtig von dem nervösen geschäftigen „In-Alles-Hineinmischen“ Beust's, wie von der trägen Sorglosigkeit, dem „laisser-faire passer et aller“ vergangener, aber noch lange nicht vergessener Diplomaten ferne hielt.

Die bald nach Schluss der Delegationen folgende Reise des Kaisers in Begleitung des Grafen Andrassy nach Reichstadt zur Begrüssung des Kaisers von Russland, sowie die Sperrung des Hafens von Kleck riefen eine gewisse Besorgniss und Missstimmung in jenen Theilen der Bevölkerung hervor, welche eine russenfreundliche Politik Oesterreich-Ungarns, sei es aus nationalen Gründen, sei es aus politischen Besorgnissen, mit misstrauischen Augen betrachtet. Aber beide Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet. Die Zwei-Kaiser-Begegnung war nichts weiter als ein Akt der höfischen Courtoisie, dessen Unterlassung jedenfalls auffallender und vielleicht grösseren Missdeutungen ausgesetzt gewesen wäre, als das Gegentheil, während die Schliessung des Hafens von Kleck eine natürliche Folge der strengen Neutralitätspolitik war, welche Graf Andrassy mit voller Zustimmung der Delegationen eingeschlagen hatte und festzuhalten entschlossen war. Uebrigens betrachtete man es selbst in Konstantinopel nicht als einen feindseligen Schritt gegen die Pforte und beschränkte sich auf einen formellen Protest, nur unser türkenfreundliches Weltorgan geberdete sich muselmännischer als der Muselman selbst, ohne freilich mehr als ein mitleidiges Lächeln der beteiligten Kreise zu Stande zu bringen.

Dass bei der Kaiserzusammenkunft in Reichstadt keine bindenden oder die Interessen unserer Monarchie schädigenden Verabredungen gepflogen wurden, konnte man schon daraus schliessen, dass der Monarch von dem Grafen Andrassy begleitet war, der gewiss lieber zur rechten Zeit mit Rettung seiner politischen Ehre und seines bisher tadellosen Rufes zurückgetreten wäre, ehe er ein politisches sacrificio dell' intelletto gebracht haben würde, wenn man ihn ein solches zugemuthet hätte. Letzteres war aber nicht der Fall. Kurz vor der Entrevue mit dem Czaaren hofften einige politische Gegner, deren Einfluss übrigens jederzeit überschätzt wurde, Reichstadt werde das Grab der ihnen missliebigen Andrassy'schen Politik sein, und setzten alle Hebel in Bewegung, um den Grafen aus dem Sattel zu heben. Aber sie scheiterten gerade an der hohen Stelle, welche sie in ihrer Kurzsichtigkeit in ihre Intriguen hineinziehen wollten. Ein bekannter hervorragender aristokratischer

Führer der Feudalparthei schrieb in den ersten Julitagen 1876, unvorsichtig genug zu früh triumphirend, an einen Gesinnungsgenossen in einem Gebirgsland: „Die Realisirung unserer Wünsche ist nahe, Graf Andrassy's Stellung ist diesmal auf das Ernsteste erschüttert, eine Befestigung nach verlässlichster Information kaum mehr möglich. Nicht acht Tage lang dürfte er noch Minister sein, bereits unterhandelt Hr. v. B—n. mit mehreren Persönlichkeiten über seinen Nachfolger. Sein Sturz wird Vieles ändern, Vieles nach sich ziehen, betrachten Sie diese Mittheilungen ganz verlässlich.“ — Aber schon zwei Wochen später sagte derselbe Herr einem ihn an seine brieflichen Mittheilungen erinnernden Genossen: Die Lage ist wieder **vollständig** verändert, Graf Andrassy's Stellung neuerdings befestigt, seine Position nach Oben günstiger als jemals!

Seit dieser Zeit — es sind nun 18 Monate, hat man auch nicht einmal das Gerücht mehr zu colportiren gewagt: Andrassy's Stellung sei erschüttert. Selbst seine entschiedensten Gègner denken nicht daran, ihn stürzen zu **können** und selbst im clericalen Lager wurde im vorigjährigen Spätherbst die Parole ausgesprochen: von jedweder schroffen Beurtheilung der auswärtigen Politik Andrassy's Umgang zu nehmen, da eine solche vergeblich und den Interessen „unserer Parthei“ eher Schaden bringen könnte.

Würde hierüber jetzt noch ein Zweifel möglich gewesen sein, die höchst ehrenden schmeichelhaften Worte des Kaisers zu dem ungarischen Delegirten Dr. Max Falck über Andrassy müssten diesen zerstreut haben: „Sie haben Recht, Andrassy's Politik zu vertheidigen, wenn Sie seine Politik erst so genau kennen würden, wie ich und wissen möchten mit welchen Schwierigkeiten er zu kämpfen hat, würden Sie noch lebhafter für dieselbe eintreten.“ So lautet das Urtheil des Kaisers über Graf Andrassy und seine Politik. —

So wenig als die Entrevue in Reichstadt, vermochte die Sendung des russischen General **Sumarokoff** nach Wien die festen Grundzüge der Andrassy'schen Politik zu erschüttern. Was hat man geschrieben und gefabelt, combinirt und gelogen, als Ende September der Generaladjutant des Czaars mit einem eigenhändigen Schreiben desselben an Kaiser Franz Joseph in Wien eintraf! Seither ist es ein öffentliches Geheimniss geworden, dass Russland, nachdem es in Reichstadt nichts Positives von Oesterreich erreichen konnte, neuerdings versuchte eine Cooperation Oesterreichs zu Stande zu bringen und zwar eine active oder wenigstens passive: entweder gemeinschaftliche Besetzung von Theilen der suzeränen Donau- und türkischen Vasallenstaaten (Oester-

reich sollte in der Herzogewina einrücken und Bosnien in zweiter Linie occupiren), oder es sollte Oesterreich wenigstens eine Besetzung Bulgariens durch rumänische Truppen zulassen. —

Die österreichische Politik wies beide Vorschläge artig aber entschieden zurück. Man verhielt sich in Wien indifferent, als die Frage der Annexion Bosniens als Hinterland Dalmatiens bloß akademisch erörtert wurde, und zwar geschah dies sowohl in Bismarck'schen Organen wie auch in gewissen Wiener Blättern, welche höheren militärischen Einflüssen zugänglich waren. Als diese aber concrete Formen anzunehmen begann, blieb man die deutliche Erklärung nicht schuldig. Graf Andrassy hatte für die ihm gewordene vertrauliche Mittheilung, dass die Militärparthei über seinem Kopf mit Russland eine Vereinbarung zu Stande bringen könnte, nur ein satyrisches Lächeln — er kannte den ritterlichen Charakter des Hauptes jener angeblichen Militärparthei besser als die Gerüchteverbreiter, um hierüber auch nur einen Augenblick besorgt zu sein. —

Sumarokoff kehrte unverrichteter Sache zu seinem Herrn nach Livadia zurück, das Programm der österreichischen Politik blieb nach wie vor unverändert: „Non-intervention dans les circonstances actuelles“.

Es blieb es, und man blieb in Wien fest und unerschütterlich auch späteren Besuchen und Versuchern gegenüber wie General Woronzoff, Lord Salisbury und General Ignatieff. Man empfing die rundreisenden Diplomaten mit aller Achtung und Aufmerksamkeit, welche ihrem Stande, ihrer hohen Stellung, den Potentaten und Ländern, die sie vertraten, gebührte, empfing sie hohen und allerhöchsten Orts, hörte sie an — aber man liess sich weder einen Schritt nach Links noch nach Rechts treiben und wich nicht einen Zoll von der eingeschlagenen sicheren Bahn. Ebenso verhielt man sich den officiellen und nicht officiellen türkischen Agenten gegenüber. Auch Midhad Pascha, sowie der italienische „Commis voyageur“ und Präsident auf Reisen konnten die Erfahrung machen, dass man am Ballplatz und in der Hofburg jetzt nicht mehr schwanke und wanke, wie in den Fünfziger Jahren, je nachdem damals ein Cowley, oder Orloff, oder Manteuffel in Mission eintraf; dass man keinen Graf Buol, sondern einen Andrassy vor sich habe.

Man hielt an dem Princip der „Non-intervention dans les circonstances actuelles“ auch dann noch fest, als Serbien nach einigem Zaudern und Zögern endlich doch losbrach, eine Zwischenepisode, welche keinem ernstern Politiker, am wenigsten Graf Andrassy unvorbereitet

kam. Seine Agenten in Belgrad (officielle und geheime) scheinen sich besser bewährt und weniger gekostet zu haben, als die seiner Vorgänger, wenigstens versicherte man in Wien, bevor der erste Soldat Milans in Marschbereitschaft gesetzt wurde, dass Andrassy genau die Stärke (oder richtiger Schwäche) der serbischen Armee, ihre Leistungsfähigkeit, kannte und auch über das Feldherrntalent Tschernajeffs, sowie über die halbversteckte „Russenhülfe“ auf das Allergenaueste informirt war und einem auswärtigen Diplomaten den Verlauf und das Ende des serbischen Feldzuges auf Tag und Stunde vorhersagte. Und dass Graf Andrassy sich nicht täuschte, haben die schnell auf einander folgenden Ereignisse bewiesen. —

Graf Andrassy warnte und verwarnte die Actionsparthei in Serbien — mehr konnte er nicht thun. Er predigte in Belgrad ebenso tauben Ohren als in — Konstantinopel. Zum beiderseitigen Schaden hörte man da und dort nicht auf den guten Rath. —

Was hätte nun Graf Andrassy thun sollen, nachdem ungeachtet aller Warnung Serbien doch zum Schwert griff? Möchten uns nicht die Gegner seiner Politik gefälligst noch jetzt sagen, worin der Fehler derselben bestand? Nachträglich tadeln ist gewiss leichter als im gegebenen Moment handeln! Sollte der österreichische Premier sich den Kopf zerbrechen, damit die Herren Serben und verkappten Russen sich nicht die Schädel von den herausgeforderten Türken zerbrechen lassen mussten?

Wäre Oesterreich zur Action geschritten, so wäre es nicht so weit gekommen, — meint mancher hochweiser Diplomat auf der Bierbank oder im obsuren Wochenblättchen. Mit wenigen Armeecorps hätte man die Serben abhalten, den serbisch-türkischen Krieg verhindern, die Orient-Kämpfe schon im ersten Stadium zum Abschluss bringen können. —

Sehr klug erdacht, weiser Daniel — gewiss hätte man nur zwei Armeecorps benöthigt, um Serbiens Offensive vorläufig zum Stehen zu bringen. Vorläufig; aber was dann? Ich will nicht untersuchen, ob es eines Löwen würdig ist, gegen einen kleinen Kötter seine Stärke hervorzukehren, ob eine Grossmacht wie Oesterreich gegen einen elenden poussirten Zwergstaat in's Feld rücken darf. Aber letzteres auch — etwa mit Hinweis auf Präcedenzfälle — zugegeben, meint man denn wirklich, damit wäre es abgethan gewesen? Stand nicht hinter Serbien das kampflustige und actionsbereite Russland? Waren die Serben etwas anders als vorgeschobene Posten Russlands, die Avante-Garde der russischen Heersäulen? Handelten Milan, Ristics und Tschernajeff nicht

im Auftrage und Sold des russischen Czaars und wusste dies Graf Andrassy etwa nicht ganz genau?

Ein bewaffnetes Einschreiten Oesterreich-Ungarns gegen Serbien, was wäre es anders gewesen, als eine **kriegerische Partheinahme für die Türkei?** Konnte aber, ja durfte Graf Andrassy es wagen, Oesterreich der Türkei wegen, oder Serbiens wegen (denn dass die Türkei allein den Serben gewachsen war, wusste er) in einem Krieg zu stürzen, der von unabsehbaren Folgen sein, sehr wahrscheinlich schon damals das Signal zum europäischen Weltkrieg werden konnte? Durfte der verantwortliche erste Minister des Reiches, dessen Delegationen einige Monate vorher seiner Politik die strengste Neutralität zur Pflicht machten, ein solches Unternehmen riskiren?

Der serbisch-türkische Krieg, dessen kläglichen Ausgang Graf Andrassy mit grösster Bestimmtheit voraussah und vorraussagte, wurde durch den Friedensschluss vom 28. Februar beendet. Er war nur das Vorspiel zu dem unvermeidlichen russisch-türkischen Krieg. Wir sagen unvermeidlich, denn auch diesen Krieg war Oesterreich nicht mehr zu verhindern im Stande. Was nur immer möglich war, geschah. Ernst und eindringlich genug waren die Vorstellungen, welche nicht nur Graf Andrassy, sondern auch der ältere und innigere Freund Russlands: Preussen in Petersburg erhob. Selbst persönliche herzliche Handschreiben des Kaisers Wilhelm an den Czaar, der für seinen Onkel bekanntlich eine innige Verehrung, eine fast kindliche Pietät zeigt, fruchteten nichts. Der Krieg war in Russland unwiderruflich beschlossen. Non possumus! lautete die Antwort des Kaisers Alexander und in der That — der Czaar konnte nicht mehr zurück, auch wenn er wollte, ohne Thron und Leben zu gefährden. Persönlich der wohlwollendste friedlichste Charakter, konnte er sich dem Einflusse der altrussischen und panslavistischen Parthei nicht entziehen. Die Verhältnisse waren auch hier stärker als die Menschen.

Offen und rückhaltslos wie man sonst in diplomatischen Angelegenheiten nicht zu sprechen pflegt, notificirte Russland in Wien seinen festen Entschluss, die Unmöglichkeit des Verzichtes auf den Krieg haarscharfnachweisend, gleichzeitig aber auch in loyalster Weise die Endziele des Krieges auseinandersetzend und die grösstmögliche Rücksicht auf Oesterreichs politische und geographische Lage feierlich zusagend. Unaufgefordert gab man weitgehende und bindende Garantien, und wenn man überhaupt noch unter Potentaten und Staaten dem Wort, der feierlichen Zusage, der Garantie eine Geltung beimessen will, konnte Oesterreich zwar mit Bedauern, aber immerhin mit einiger Beruhigung, soweit seine eigenen Interessen ins Spiel kamen, dem Ausbruche des Krieges entgensehen.

Bis jetzt hat Russland mit kaum erwarteter Loyalität seine feierlichen Zusagen, die Abmachungen von Reichstadt und spätere Versprechungen gehalten. (Noch neuestens hat in Belgrad in ernster und entschiedener Weise der russische Vertreter Persiani gegen die officiële Unabhängigkeits-Erklärung Serbiens Vorstellungen erhoben, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die österreichischen Interessen und auf die bindenden Zusagen, welche Russland dem österreichisch-ungarischen Cabinet gemacht hat. Herr Persiani erklärte dem Cabinet Milans, dass Russland beim definitiven Friedensschluss zwar für eine Veränderung der gegenwärtigen politischen und staatsrechtlichen Stellung Serbiens eintreten und auch Oesterreich für diese Veränderung zu gewinnen sich angelegen sein lassen werde, dass aber an der Einmündung der Save in die Donau keine die Interessen Oesterreichs einschneidende berührende Thatsache ohne Intervenirung der interessirten Theile geschaffen werden dürfe. — Sollte Russland aber bei einem Friedensschluss mit der Türkei, der ohne Oesterreichs Zustimmung und Mitwirkung niemals perfect werden kann, seine bindenden Zusagen vergessen, dann wird Graf Andrassy gewiss nicht säumen, die russische Regierung an die Einhaltung derselben mit allem Nachdruck zu mahnen und nöthigenfalls diese mit materiellen Mitteln, im äussersten Falle auch durch eine militärische Occupation Serbiens erzwingen.

Die österreichische Politik hat übrigens auch in Konstantinopel nicht versäumt zu thun, was möglich war, die dringendsten Vorstellungen auch den dortigen Machthabern zu machen, deren häufiger Wechsel, nicht selten jäher Sturz und schnelles tragisches Ende seine Einflussnahme sehr erschwerte. Aber obgleich man dringendst und freundschaftlichst auf die eventuellen Ereignisse, welche der Kriegausbruch für das Osmanenreich zur Folge haben könnte, aufmerksam machte und die Türkei nicht einen Augenblick in Zweifel liess, dass sie von keiner Seite eine materielle Hülfe zu erwarten habe, zeigte man in Konstantinopel leider viel weniger Entgegenkommen als in Petersburg, und liess die guten Rathschläge des einzigen und letzten Freundes der Türkei unberücksichtigt. Ja es gab Staatsmänner am goldenen Horn, welche den Ränken und Intriguen des General Ignatieff grösseres Vertrauen schenkten, als den ehrlich gemeinten Rathschlägen und Vorstellungen der österreichischen Staatsmänner!! Graf Andrassy könnte vielleicht den türkenfreundlichen Delegirten manche ihre Sympathieen ernüchternden Erfahrungen zum Besten geben, wenn er nicht dem seine

Fehler bereits schwer büssenden Reich gegenüber Rücksicht bewahren wollte. Selbst Midhad Pascha, einer der einsichtsvollsten türkischen Staatsmänner, hat diese ehrlichen Bemühungen und guten Dienste Oesterreichs vielen Persönlichkeiten gegenüber dankend anerkannt.

Noch am 8. April hatte der österreichisch-ungarische Geschäftsträger Freiherr von Herbert mit Savfet Pascha eine ernste Unterredung, in welcher er im telegraphischen Auftrage Andrassy's der Pforte die Annahme des Londoner Protokolls und den Friedensabschluss mit Montenegro dringend empfahl und alle Einwendungen der türkischen Kriegspartei widerlegte. Herr v. Herbert wies darauf hin, dass die Pforte ja die Andrassy'schen Reformvorschläge acceptirt und völlig ausführbar erklärt habe, und im Londoner Protokoll durchaus nicht mehr verlangt werde. Die Ueberwachung sei ein Recht der Staaten, welches die Pforte diesen nicht streitig machen könne, auch sei ja im Protokoll nur die Absicht nicht schon der feste Entschluss ausgedrückt, diese Aufsicht praktisch zur Ausführung zu bringen, es möge doch ein Versuch gemacht werden, damit die Mächte, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet hätten und für den Inhalt einstehen, von der Friedensliebe der Türkei Ueberzeugung erlangen würden. — Aber Alles vergeblich!

Zwischen zwei bis an die Zähne gerüsteten Staaten ist es schwer und undankbar, den Vermittler zu spielen. Oesterreich-Ungarn unterzog sich lang genug der undankbarsten aller Aufgaben und wurde ebenso wie in Petersburg von der deutschen Politik und hier auch von England und Frankreich kräftig unterstützt. Sich einem Nachbar, und wenn er auch unser Freund wäre, aufzudringen, ist eines anständigen Charakters, am allerwenigsten einer Grossmacht würdig.

Was blieb jetzt Oesterreich übrig, nachdem sowohl Russland als die Türkei von einem guten Rath nichts mehr hören wollten? Das längst Vorbereitete vollzog sich. Am 24. April erfolgte die Kriegserklärung Russlands an die Türkei, am 25. April bereits rückte die Südmaree auf Grund einer Militär-Convention in Rumänien ein. Am 2. Mai protestirte die Pforte in einem Rundschreiben an die auswärtigen Vertreter gegen das „verrätherische Vorgehen“ Rumäniens, und constatirte die Verletzung des Pariser Vertrags. Die Mächte nahmen den Protest zur Kenntniss — aber dabei blieb es! Keine Macht raffte sich zu einer ernsten Vorstellung an das russische Cabinet auf, auch nicht England, von welchem man ein entschiedenes Vorgehen erwartete, und nach der Note des Lord Derby vom 1. Mai an Lord Loftus, den englischen Gesandten in Petersburg, welche in

den „stärksten Ausdrücken“ abgefasst war, erwarten durfte. England erinnerte gerade damals mehr als jemals an das Wort seines grössten Dichters:

„Der angeborenen Farbe der Entschliessung wird des Gedankens Blässe angekränkelt und Unternehmungen voll Mark und Nachdruck durch diese Rücksicht aus der Bahn gelenkt verlieren so der Handlung Namen.“

Schon am 6. Mai richtete Lord Derby ein Schreiben an den Grafen Schuwaloff, worin es so lange neutral zu bleiben zusagte, als lediglich Interessen der Türkei vom Krieg berührt würden. England könnte es nicht gleichgültig sein, Konstantinopel in andern Händen als denen des gegenwärtigen Besitzers zu sehen, nebenbei wurden dann auch gegen materielle Aenderungen der gegenwärtigen Bestimmungen über die Schifffahrt im Bosphorus und in den Dardanellen ernste Einwendungen erhoben. Das war Englands That! Worte, Worte, nichts als Worte!

Und da mutheten einige Turkophilen der österreichischen Politik zu, sie hätte den Krieg verhindern sollen, und erneuern heute noch den Vorwurf, dass dies nicht geschehen. Graf Andrassy hätte energischer vorgehen, er hätte Russland am Vormarsch hindern sollen, er hätte die Verletzung des Pariser Vertrages, die Unabhängigkeits-Erklärung Rumäniens und dessen Kriegs-Erklärung an die Türkei nicht zulassen sollen. Das heisst mit andern Worten, wir hätten Russland vor oder unmittelbar nach seinem Einrücken in Rumänien und auf türkischem Gebiete den Krieg erklären sollen.

Nicht einmal die Türkei selbst, der gewiss zumeist und zunächst betheiligte Factor, muthete uns dies zu, niemals hat die Türkei materielle Hülfe von Oesterreich-Ungarn erwartet oder verlangt, aber unsere Wiener und magyarischen Türkenfreunde verlangten es von unserer Regierung. Und zwar zu einer Zeit, wo sie recht gut wissen konnten, dass Oesterreich-Ungarn noch nicht einmal vollständig gerüstet war, indem die Bewaffnung unserer Artillerie mit den neuen (Uchatius-) Geschützen noch nicht ganz durchgeführt war.

Und nochmals die Westmächte! Wir haben früher schon gesehen, dass England schöne Worte aber nichts mehr für die Türkei hatte. Am 30. Mai beeilte sich Fürst Gortschakoff in einem Schreiben an Graf Schuwaloff, Englands Bedenken wegen Konstantinopel zu zerstreuen, so lange jenes neutral bleibe etc. — Und England zeigte sich vollkommen beruhigt und zufriedengestellt. Hatte ja England sich beeilt, schon sieben Tage vor Oesterreich seine Neutralitäts-Erklärung zu geben. Und war einem ern-

sten Politiker die starke anti-türkische Stimmung im brittischen Reiche unbekannt, welche heute noch nicht überwunden ist?

Und Frankreich? Wurde die Republik nicht gerade um diese Zeit wie auf Bestellung in innere Wirren hineingezogen, welche die Partheikämpfe aufs Aeusserste schärften und eine Action nach Aussen noch schwieriger gemacht haben würden, selbst wenn das Land, die französische Armee bereits so weit erstarkt und kampffähig gewesen wäre, um es mit dem verbündeten Russland-Deutschland-Italien aufnehmen zu können? Denn wenn Bismarek wirklich bis dorthin ruhiger Zuschauer geblieben wäre, davon kann man überzeugt sein, der Eintritt Frankreichs in die Action hätte gewiss sofort Veranlassung geboten, den zweiten deutschen Krieg mit Frankreich zu beginnen. —

Der europäische Krieg, der Welt-Krieg, der uns bis zur Stunde erspart geblieben ist und hoffentlich auch noch in Zukunft durch Herbeiführung eines rechtzeitigen Friedens zwischen Russland und der Türkei und eine gerechte billige, den beiderseitigen Opfern entsprechende Lösung der Frage, wie die neue Staatenbildung in Osten zu bewerkstelligen ist, verhütet werden wird, wäre schon im vorigen Herbst entbrannt, und heute würde vielleicht ein grosser Theil Europas verarmt und verwüstet, unsäglichen Leiden preisgegeben, der unberufenen Politik fluchen, welche den Weltbrand angeblasen hätte, ohne dass es im eigenen Hause gebrannt hat. Und wer kann es wissen, welches die Folgen für Oesterreich-Ungarn zunächst gewesen wären, ob das „Finis Austriae“ nicht heute schon eine Thatsache wäre, oder doch mindestens unsere des Friedens bedürftige Monarchie bedeutend geschwächt und mehrerer Provinzen beraubt, aus dem Kampf hervorgegangen wäre! —

Oesterreich-Ungarn blieb übrigens nicht nur in ununterbrochenen freundschaftlichen Beziehungen zur Pforte, es war dem österreichisch-ungarischen Einfluss in Berlin zuzuschreiben, dass Fürst Bismarek, der einen Augenblick daran dachte, eine schroffe Seite gegen das türkische Reich hervorzukehren, schon so bald wieder einen deutschen Botschafter, und zwar in der durch Verwandtschaft und persönliche Talente gewichtigen Person des Prinzen Reuss, nach Konstantinopel zu schicken. Schon am 11. Mai traten Graf Zichy und Prinz Reuss gemeinschaftlich die Reise nach Konstantinopel an, um in eclatanter Weise die „entente cordiale“ der beiden Kaisermächte auch in der orientalischen Frage zu documentiren. Und diese gewichtige Personalveränderung, sie war auch ein Beweis der Zuvorkommenheit der deutschen Politik gegen Oesterreich-Ungarn und speciell des deutschen Reichskanzlers gegenüber dem

Grafen Andrassy. Es ist ein ziemlich offenes Geheimniss und darf heute ohne weiters ausgesprochen werden, dass in Wiener Hof- und diplomatischen Kreisen gegen den Freiherrn von Werther, den preussischen Gesandten in Wien, vor und nach 1866, eine gewisse Missgunst und ein bitteres Gefühl zurückgeblieben war, welches weniger der Erinnerung an die Kriegsereignisse als dem Verfasser der famosen Krönungs-Depesche zugeschrieben werden durfte. Diese Verstimmung erschwerte einigermassen den persönlichen Verkehr und wohl auch das dienstliche Zusammengehen der Vertreter der engbefreundeten Kaiser-mächte. Fürst Bismarck, sonst nicht geneigt, auf fremdländische Interessen und Gefühle gar zu grosse Rücksicht zu nehmen, -- man erinnere sich nur wie er im Jahre 1867 nicht zu bewegen war, den in Wien missliebig gewordenen Baron Werther durch einen andern Diplomaten zu ersetzen und erst die Reise des Kronprinzen nach Wien und dessen Intervention diese Succession zu Stande brachte — kam hier in coulantester Weise den leise angedeuteten Wünschen Oesterreichs entgegen, und die Aufmerksamkeit, gerade den Schwiegersohn des vom Wiener Hof hochgeschätzten Grossherzogs von Weimar aus seiner Disponibilität zu berufen und mit dem mächtigen Posten zu betrauen, galt jedenfalls mehr Oesterreich-Ungarn als der Pforte. Wir glauben annehmen zu dürfen, dass Fürst Bismarck im anderen Falle seinen bevorzugten Lieblings-Diplomaten Herrn v. Radowitz durchzusetzen gewusst hätte, dessen hervorragende Talente und Leistungen ihn für den Posten in Konstantinopel qualificirt hätten. In Wien würde aber aus Gründen, welche sich der Oeffentlichkeit entziehen, diese Wahl weniger angenehm und vertrauenerweckend gestimmt haben. Ich erwähne dieses Zwischenfalls, der mir von gutunterrichteter preussischer Seite seinerzeit mitgetheilt wurde, nur deshalb, weil derselbe geeignet ist darzuthun, dass das Freundschaftsverhältniss zwischen Wien und Berlin nicht etwa auf einseitiger Rücksichtnahme oder Superiorität des einen Theils über den andern, sondern auf gegenseitigem rücksichtsvollsten Entgegenkommen, soweit die eigenen nächstliegenden Interessen dies möglich machen, beruht. —

Es zeigt daher von Böswilligkeit oder Unkenntniss, zu behaupten, die österreichische Politik nehme allzuängstliche Rücksicht auf Preussen, erhalte ihre Leitmotive von Berlin oder Varzin (!) und bewege sich seit Jahr und Tag im preussisch russischen Fahrwasser. Wer dies für möglich hält, kennt das männliche Selbstbewusstsein des Grafen Andrassy nicht, dessen berechtigter Stolz es unerträglich finden würde, von irgend einer Instanz — seinen König und Kaiser ausgenommen, der ihm voll-

stes Vertrauen schenkt — Directiven für seine politische Action zu erhalten. Wie reimt sich überhaupt eine solche, durch gar keine Anzeichen begründete leichtsinnige Behauptung mit der entschiedenen Ablehnung der Sumarokoff'schen Vorschläge, oder der Ablehnung der seinerzeitigen Bismarck'schen Wünsche: Oesterreich mit in den Culturkampf hineinzuziehen, die heiklichen Breslauer Diöcesanverhältnisse im Sinne der Berliner staatskirchenrechtlichen Anschauungen umgestalten zu helfen, den deutschen Reichsangehörigen die Frequenz gewisser von den Jesuiten geleiteten Facultäten und Erziehungs-Institute unmöglich zu machen oder doch zu erschweren, einer internationalen Kirchenpolitik zuzustimmen oder gemeinsame Schritte behufs Influencirung des nächsten Conclave anzubahnen?

Würde man strenge Abrechnung halten, so könnte sich vielleicht herausstellen, dass Fürst Bismarck öfter auf österreichisch-ungarische Wünsche Rücksicht nahm und einging, als dies umgekehrt dem Grafen Andrassy möglich war, und dass letzterer gerade was die Orientpolitik betrifft, die deutsche Diplomatie häufiger zu Concessionen bewogen, als solche ihr gemacht hat.*)

Freilich bedingt eine Leistung von Werth im politischen wie im gewöhnlichen Leben eine Gegenleistung und auf dem Verhältnisse der Gegenseitigkeit beruht ja die österreichisch-preussische Freundschaft und der sogenannte Drei-Kaiser-Bund. Diesem richtigen, auf Parität beruhenden Verhältnisse verdankte es Graf Andrassy, dass er die Linien und Grenzen, welche die deutsche Politik sich von Anfang des „bischen Herzogowina-Aufstandes“ bis zum Ausbruch des russisch-türkischen Krieges steckte, genau kannte und in der Lage war, seine eigene Interessenpolitik darnach zu planen. Mag Vielen heute noch die deutsche Orient-

* So darf auch neustens die preussisch-deutsche Concession an Oesterreich-Ungarn betreffend die Verlängerung des Ende 1877 abgelaufenen deutsch-österreichischen Handelsvertrages bis Ende Juli 1878 nicht unterschätzt werden. Es ist eine Thatsache, dass Fürst Bismarck's Intervention, d. h. sein Machtwort diese Verlängerung zu Stande brachte, nachdem gewichtige „technische Bedenken“ von Seite der Herren Achenbach, Camphausen für die Verwerfung der österreichischen Vorschläge geltend gemacht wurden.

In Anbetracht unserer inneren Verhältnisse des leider noch immer nicht zu Stande gebrachten Ausgleiches etc. darf man dieses Entgegenkommen des deutschen Reichskanzlers nicht gering anschlagen, um so mehr, als Fürst Bismarck ausdrücklich in seiner Rückantwort die Gründe anführte, welche ihn veranlassten, zu Gunsten der österreichischen Vorschläge zu interveniren, nämlich Oesterreich-Ungarn einen Beweis der freundschaftlichen Beziehungen des deutschen Reiches zu geben.

Politik räthselhaft, die stoische Ruhe des Varziner-Einsiedlers gegenüber den grossen Ereignissen unbegreiflich erscheinen, dem Grafen Andrassy ist der Schlüssel zur Lösung dieser Politik niemals vorenthalten geblieben, und er begreift ganz gut, was Bismarck will und was dieser nicht will und nicht kann.

Und dieser Kenntniss und Erfahrung entsprechend musste Graf Andrassy seine Politik einrichten, wollte er nicht die Monarchie auf die gefährlichsten Wege bringen, und eine Politik der Tollkühnheit — nein wählen wir lieber einen bezeichnenderen Ausdruck: der Tollhäuslerei einschlagen, gegen welche die Staatskunst unserer vergangenen Diplomaten die Politik von 1854, 1859 und 1864—66 genial zu nennen gewesen wäre?

Graf Andrassy theilte die volle Ueberzeugung geachteter und hochfachmännisch gebildeter Militärs und Strategen, worunter Graf Moltke und selbst „General“ Klapka, dass die Türkei allein trotz der niemals verkannten Tapferkeit und Bravour ihrer Soldaten den militärischen Kräften der Uebermacht Russlands auf die Dauer doch nicht gewachsen, wie er dies lange vor Beginn des Krieges türkischen Staatsmännern und eigenen Landsleuten gegenüber mehrmals aussprach, er war nicht nur überzeugt, er wusste aus den bestimmtesten Erklärungen, dass die deutsche Politik nichts für die Türkei und noch weniger etwas gegen Russland thue, vielmehr im Falle, als eine andere europäische Macht zu Ungunsten Russlands eine militärische Action unternehmen würde, aus ihrer Neutralität ebenfalls heraustreten und zur Action übergehen würde, (zu wessen Gunsten ist unschwer zu errathen).

Graf Andrassy war ferner in Kenntniss, dass Italien seine active Freundschaft gegen einen gewissen Kaufpreis (!!!) dem Czaarenreich förmlich aufdrängte und den Moment, in die Action zu treten kaum erwarten konnte, er war über die precären Verhältnisse in Griechenland bestens informirt, wusste, dass das stets unsichere England nicht viel und Frankreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinen entschiedenen Einfluss auf den Gang der Ereignisse nehmen könnte — und da hätte er die Verantwortung übernehmen sollen, die österreichisch-ungarische Monarchie in einen aussichtslosen Krieg zu stürzen, bloss um specifisch-türkische Interessen zu machen? Oder möchte Jemand behaupten, dass österreichisch-ungarische Interessen überall und stets und eo ipso identisch mit den türkischen Interessen sind?

Oder wie anders als durch eine militärische Action, zu deutsch durch einen Krieg hätte denn Graf Andrassy Russland von

seinem bestimmten unwiderrufflichen Entschlusse, Krieg zu führen, und das deutsche Reich von seinem ebenso bestimmten Entschlusse, Russland freie Hand und keine feindliche Action einer anderen Macht gegen Russland zuzulassen, abhalten können? Etwa durch gute Worte und volltönende humanitäre Phrasen wie man sie freilich in deutscher und anderer Sprache wohlgefällig und bombastisch genug in öffentlichen Volks- und anderen Versammlungen hören konnte? Nur Schade, dass nicht die magyarischen Intransigenten, oder gewisse diesseitige Herren Delegirte, welchen die Politik Andrassy's „nebelhaft und unklar“ erscheint, damals die Stelle des Grafen Andrassy eingenommen haben. Ihrer hinreissenden Rhetorik und glänzenden Dialektik wäre es gewiss gelungen, Russland zu bewegen, seine politischen Ziele aufzugeben und Fürst Bismarck zu bewegen, die deutsche Armee zur Unterstützung ihrer Interpellantenweisheit in Bewegung zu setzen!

Ehrlicher und in überzeugenderer Weise hat noch niemals ein Staatsmann das „Geheimniss seiner Politik“ verrathen als Graf Andrassy kürzlich im Budget-Ausschuss der österreichischen Delegation, als er in Kürze darlegte, dass der österreichische Krieg als letztes und einziges Mittel geblieben wäre, wenn wir Russlands Absicht, der Türkei den Krieg zu erklären, entgegengetreten wären.

„Wollen Sie den Krieg? Den können Sie heute noch haben und jedenfalls unter günstigeren militärischen Verhältnissen als damals, aber ich würde nicht im Stande sein, die Verantwortung für eine solche Politik zu übernehmen.“

Bezeichnend war der tiefe Eindruck, welchen diese Worte auf die Delegirten hervorbrachten und noch mehr das tiefe Schweigen, welches darauf folgte. Von allen Gegnern der Andrassy'schen Politik, oder richtiger Jenen, welche Einzelnes an derselben auszusetzen hatten, — denn absolute Gegnerschaft trat nirgends hervor, — war auch nicht einer, welcher den Muth oder die Neigung hatte, dem Minister zu erwidern: „Ja, wir wollten den Krieg, oder wir wollen ihn jetzt, treten Sie zurück und machen Sie einem Minister Platz, welcher die Entscheidung durch die Waffen als ultima ratio des österreichischen Programmes aufstellt.“

Weder Graf Szeccsen, dessen geistvolle meisterhafte kritische Darlegungen der Sachlage und der Punkte, in welchen er mit der Politik Andrassy's dissentirt den Staatsmann comme il faut kennzeichneten, noch Ritter v. Grocholsky, welcher vom polnisch-katholischen Standpunkte die russische Aggressiv-Politik charakterisirte und verurtheilte, und seine gerechtfertigten Bedenken gegen die möglichen Folgen

dieser Expansivbestrebungen in ruhiger würdiger Weise vorbrachte, wünschten einen weniger friedlichen Grundton unserer officiellen Politik. Beide fanden gerade in der Aufrechterhaltung des Friedens das Hauptverdienst der ihnen nicht in allen Einzelheiten zusagenden Politik des Grafen Andrassy. Und in der österreichischen Delegation, in welcher diesmal die Dialektiker kaum nachdem die Thüre des Saales eröffnet war, sich aufs hohe Ross der Politik schwingen und das seit der famosen Reichsrathsdebatte vom vorigen Jahr Versäumte nachholen zu sollen glaubten, kam doch bald die richtige Erkenntniß zum Durchbruch, dass Andrassy's Politik die unter den gegenwärtigen Umständen relativ beste sei und Abgeordnete, wie Freiherr v. Walterskirchen, Graf Coronini, Dr. Demel, ja selbst der brausende Sturm erklärten sich ausser Stande, an einer Bekämpfung dieser Politik sich zu betheiligen und an deren Stelle eine „Abenteurer-Politik“ — wie sie sehr treffend sich ausdrückten — zu empfehlen.

So ging Graf Andrassy auch diesmal wieder nach kurzem ungefährlichen Kampfe und harmlosen Plänkeleien als Sieger wenigstens aus dem Vorspiel und ersten Akte des Delegations-Schauspiels hervor, von welchem einige unklar verworrene Köpfe erwarteten, dass es eine Sensationscomödie, ein Spektakelstück geben werde, dessen letzter Akt etwa: „Graf Andrassy's Glück und Ende“ betitelt werden könnte. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass aber auch nach Wiederezusammentritt der Delegationen eine ruhige nutzenbringende Erörterung der politischen Angelegenheiten des Reiches Platz greifen, kleinliche unfruchtbare Nergeleien zurückgewiesen, Alles glatt ablaufen und dem vom Vertrauen des Monarchen wie der Bevölkerung beider Reichshälften und deren Vertreter getragenen Ministerium das bewilligt werden dürfte, was es zur Erhaltung der Monarchie und ihrer moralischen wie physischen Stärke, im Interesse des Friedens aber auch zur Einsetzung seiner Kraft, wann und wo es nöthig sein wird, unumgänglich verlangen muss. Nichts wäre jetzt weniger am Platze als um einige hunderttausend Gulden zu feilschen und zu mäkeln, um später vielleicht das Zehn- und Hundertfache ausgeben zu müssen. Es ist geradezu eine politische Nothwendigkeit, im gegenwärtigen Stadium der europäischen Krisis die Einigkeit und Opferwilligkeit der österreichischen Völker vor ganz Europa, ihre Billigung einer friedlichen aber vorsichtigen und auf alle „Wendungen durch Gottes Führung“ gefassten Politik zu demonstrieren! —

In den 18 Monaten seit welchen Graf Andrassy nicht mehr Gelegenheit fand, vor öffentlichen Vertretungskörpern persönlich zu erscheinen

und seine Politik darzulegen, hat es ihm übrigens nicht an Gelegenheit gefehlt über die jedesmaligen Phasen der letzteren Auskunft zu geben, und wenn dies auch bei unseren eigenthümlich gearteten staatsrechtlichen Verhältnissen nicht mündlich geschehen konnte, so änderte es an der Sache nichts, dass die Ministerpräsidenten Herr v. Tisza und Fürst Auersperg als Telephons des gemeinsamen auswärtigen Ministeriums dessen Botschaften wiedergaben. Nicht nur wurden im ungarischen Reichstage und zwar in beiden Häusern desselben zahlreiche Interpellationen an die kgl. Regierung in Bezug auf die Orientpolitik gerichtet, auch der österreichische Reichsrath ahmte das Beispiel der jenseitigen Vertretung nach und zog die auswärtige Politik wieder vor sein Forum, womit er eigentlich nichts anderes that, als ein seit 1868 verlorenes constitutionelles Recht wieder zurückzuerobern. So manche Uebelstände mit diesen Ansprüchen, die auswärtige Politik auch vor Reichsrath und Reichstag zu discutiren, verbunden sein mögen, — denn am Ende müsste der Minister des Auswärtigen statt zwei gar sechs Versammlungen Rede stehen, wodurch der ohnehin complicirte Gang unserer Staatsmaschinerie gewiss nicht vereinfacht werden würde, — manches Gute bringt es doch auch mit sich und brachte es besonders in dem langen Zeitraume, welcher zwischen der letzten und diesmaligen Delegationssession lag, wie es auch Graf Andrassy selbst anerkannte. Dadurch ist es möglich, eine fortwährende fast ununterbrochene Controlle in Bezug auf die auswärtige Politik zu üben und dem Minister wird dadurch der Vorwurf erspart, dass seine Politik unklar und inconsequent sei, Schwankungen unterliege u. s. w. Denn die beiderseitigen Vertretungskörper, in deren Mitte ja auch die Delegirten sitzen, haben fast ununterbrochen Gelegenheit, Anfragen an die Regierung zu richten und sich über jede Phase der auswärtigen Politik, soweit dies überhaupt jemals möglich sein wird, genaue Kenntniss zu verschaffen. Das ist wirklich ein ungeheurer Vortheil und eine wesentliche Ergänzung und Erweiterung unseres Staatsrechts und des mit mancherlei Mängeln behafteten dualistischen Systems, nur möge man sich vor Uebertreibung und massloser Ausnützung des erweiterten Interpellationsrechtes hüten, um nicht wie die Herren Jrazy, Helfy etc. die Sache ad absurdum zu führen. —

Blättern wir in der jüngsten parlamentarischen Geschichte Oesterreich-Ungarns, so werden wir gerade aus den Verhandlungen der Vertretungskörper und den Beantwortungen der Interpellationen gewahren, wie klar, zielbewusst und entschieden consequent die österreichische Orient-Politik seit länger denn einem Jahre geleitet wurde. Wir werden uns überzeugen, wie unbegründet

und ungerecht die gegen Graf Andrassy erhobenen Einwürfe und Beschwerden sind, und wie leicht es ihm wird, durch Hinweisung auf die Exposés, welche er der Pesther und Wiener Volksvertretung vorgelegt, seine Politik zu rechtfertigen.

Ende Oktober vorigen Jahres liess Graf Andrassy zwei von verschiedener Seite im österreichischen Reichsrathe an ihn gerichtete Interpellationen in folgender Weise beantworten :

„Die Politik der k. k. Regierung sei vor Allem auf Frieden gerichtet, das Streben nach Erwerbung fremder Gebiete ausgeschlossen. Dieses Streben finde allerdings seine naturgemässe Begrenzung in der Pflicht, die Sicherheit und die Interessen der Monarchie unter allen Umständen energisch zu wahren. Der Minister des Aeusseren könne nicht Politik nach Volksstämmen, er müsse ausschliesslich die Interessen der Gesamtmonarchie im Auge behalten. Die Regierung werde auch fernerhin, wie vor Beginn der Orientwirren, an den zwei Zielen: Wahrung des Friedens Europas und Verbesserung des Loses der Christen auf der Balkaninsel mit Entschiedenheit und Consequenz festhalten.

Diese Worte gelten zunächst dem Abgeordneten Fandelek und Genossen, welche die slavischen Stammes sympathien hervorkehrten, aber auch die ersternt genommene Interpellation der Herren: Dr. Herbst, Freiherr v. Eichhoff und Dr. Hoffer fand eine rückhaltslose klare Antwort:

„Die Regierung — versicherte Ministerpräsident Fürst Auersperg — hat von dem Minister des Aeusseren in jeder Phase der orientalischen Aktion die bereitwilligst gegebenen Aufschlüsse erhalten, zu einer positiven Beeinflussung hat die Regierung keinen Anlass gefunden, weil das Programm des Ministers des Aeusseren, welches vom Beginn an ihre Zustimmung besass und von den Delegationen gutgeheissen worden war, consequent eingehalten wurde. — Die Verantwortung für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten kommt dem Gesetz und der Natur der Sache nach in erster Linie dem Minister des Auswärtigen zu. Derselbe erkennt es nicht nur für seine Pflicht sondern erhebt auch den Anspruch darauf, die Verantwortung für die äussere Politik sowohl Sr. Majestät als den gesetzlich hierzu befähigten Factoren gegenüber in vollem Umfange zu tragen u. s. w.

Wer den Frieden ohne diese (oben ausgeführte) Begrenzung als unbedingtes Ziel hinstellen möchte, würde die Interessen der Monarchie im voraus preisgeben, praktisch würde dies aber am allerwenigsten geeignet sein, den Frieden zu sichern.

Fürst Auersperg schloss seine Rede mit den Worten: „Ich habe noch hinzuzufügen, dass der Herr Minister des Aeusseren entschlossen ist, sich weder durch Manifestationen kriegerischer Natur noch durch Kundgebungen, welche die Kraft und das Ansehen der Monarchie möglicherweise schädigen könnten, von der bis jetzt gehaltenen Richtung abdrängen zu lassen.“

Der letzte Passus, von den Abgeordneten missverstanden und unbegreiflicher Weise auf ihre Interpellation bezogen, rief einen Spektakel hervor und veranlasste eine mehrtägige Orient-Debatte mit zahlreichem rhetorischen Aufwande. Die Regierung liess die in verschiedenen Tonarten angestimmte und von den verschiedensten Standpunkten ausgegangenen Reden ruhig über sich ergehen und bewahrte eine classische Ruhe und vollständige Passivität. Jene Herren, welche meinten, Fürst Auersperg oder der Herr Sprechminister würden

in die Debatte eingreifen, irrten gar sehr, das Ministerium Auersperg-Lasser ging von der correcteren Auffassung aus, dass im Reichsrathe zwar über die auswärtige Politik Auskunft verlangt und gegeben, diese erläutert werden dürfe, dass aber der Reichsrath nicht der Ort sei, auswärtige Politik zu machen, oder die Direktiven hierfür zu geben. Die noch unglücklichere Idee einer Resolution, die auswärtige Politik betreffend, hatte man wenigstens aufgegeben. Eine solche hätte, wie ein geistreicher Kopf damals treffend sich ausdrückte, den Werth gehabt, „wie wenn eine Schiffsmannschaft auf langer Fahrt beschliessen wollte, es dürfte kein Sturm kommen, bis das Eahrzeug wieder im sicheren Port sei.“ Aber die Redeschlacht wüthete unbarmherzig fort und brachte wunderliche Blüten zu Tage. So z. B. vermisste Dr. Demel in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Consequenz (heute scheint er doch anderer Ansicht zu sein!)“

Baron Zschock meinte: mit Ersetzung der türkischen Herrschaft durch die russische sei nichts gewonnen; Göllicher sprach gegen jede Annexion und focht gegen Don Quixote'sche Windmühlen, da „weder Occupation noch Annexion“ damals überhaupt in Betracht kam; Dr. Plener sagte etwa das Gegentheil, nur wollte er an der Grenze des Reiches keine Neubildung, welche die Sicherheit und die Interessen unserer Monarchie gefährden könnte. Dr. Kuranda tadelte die Politik der Action, welche früher betrieben wurde. Er meinte, gerade durch das Drei-Kaiser-Bündniss sei der Friede gestört (!) worden, eine Allianz mit Russland sei gefährlich, weil aus der Defensiv- eine Offensiv-Allianz werden könnte, Russland muss in Schranken gehalten werden (!) (Ob etwa durch neue Ost-Deutsche-Post-Artikel fügte er nicht hinzu.)

Staatsmännisch klar und durchdacht wie immer, sprach Graf Hohenwarth und zwar zu Gunsten einer Interventions-Politik; „man dürfe sich nicht durch passives Zuschauen auf das Niveau einer Macht zweiten Ranges herabdrücken lassen, er wolle weder Occupation noch Annexion als Ziel unserer Politik aufstellen, aber Beides auch nicht um jeden Preis vermieden wissen.“

Dr. Vosnjak tadelt die Türkenfreundlichkeit der Regierung, Fanderlik, wollte Bosnien als altes österreichisches Reichsland besetzt und wiedergewonnen haben, Dr. Fux will wissen, ob Oesterreich sich vergewissert habe, dass das Drei-Kaiser-Bündniss wirklich den Frieden bedeute.

Baron Zschock vertheidigte schliesslich doch den Grafen Andrassy und seine Politik und meinte, ob man denn sicher wäre, dass wirklich ein besserer Mann nachkäme, wenn Andrassy ginge, was jedenfalls noch die vernünftigste Ansicht war, welche man in diesen Debatten zu hören bekam.

Als Generalredner retteten noch schliesslich Monsignor Greuter und Professor Herbst einigermaßen die Reputation der hohen Versammlung, deren Debatten Hörern und Lesern furchtbar langweilig zu werden angingen.

Professor Greuter bemerkte sehr betreffend, dass eigentlich Niemand durch die Debatte so viel gewonnen habe, als Graf Andrassy. Der witzige Tiroler Priester sagte den liberalen Mitgliedern des Hauses manche bittere Wahrheiten, unter Anderm legte er ihnen zur Last, dass sie für Alles Geld übrig haben, nur nicht für unsere armen Soldaten, welchen sie beharrlich das Menagegeld zur Aufbesserung der unzulänglichen Kost verweigern, wodurch die drei Dienstjahre zu Hungerjahren werden: ein Vorwurf der nicht ganz ungerechtfertigt, und welchen deshalb die Delegationen diesmal ganz gewiss nicht

mehr auf sich werden laden wollen, er begreife gar nicht, dass man liberalerseits so anti-russisch gesinnt sei; das sei eigentlich inconsequent, denn nur Russlands moralischer Hilfe seien die „deutschen Siege“ zu verdanken, ohne welche Preussen niemals den vielgelobten Kulturkampf hätte beginnen können, „der ja ihre Billigung findet“, übrigens sehe er in der Annexion von Bosnien und der Herzegovina durch Oesterreich nichts anders als den Antritt einer gesetzlichen Erbschaft. — Professor Herbst meinte, die Unterstützung beider Abgeordneten Häuser bringe der Politik des Ministeriums mehr Nutzen, als die Vota der Delegationen, sehr richtig fand er in der Forderung des Friedens um jeden Preis von einem Reich, dessen Parlament die Friedensstärke von 800,000 Mann bewilligt und 100 Millionen zu ihrer Erhaltung votirt habe, eigentlich einen Nonsens. — Dies der Succus der Verhandlungen und der langen Reden kurzer Sinn. Tot capita tot dissensus, konnte man von jener Debatte sagen, nach welcher man so klug als wie zuvor war.

Die nächste Regierungskundgebung erfolgte sodann in Pesth, wo Ministerpräsident v. Tisza im Unterhause die durch die Gerüchte über die Conferenzen etwas irritirte öffentliche Meinung durch die bestimmte Erklärung beschwichtigte, dass in dem Regierungssystem keine Veränderung eingetreten sei, dass die k. k. Regierung auch auf den Conferenzen, welchen sie beigetreten ist, ihre Pflicht darin erblicken wird, das Möglichste zur Wahrung des Friedens aufzubieten und nichts zu unterlassen, wodurch die Interessen der Monarchie unter allen Umständen geschützt werden. Die verlangte Vorlegung von diplomatischen Actenstücken musste Hr. v. Tisza aus begreiflichen Gründen entschieden verweigern.

Die Orientfrage überwinterte im vorigen Jahre ebenso wenig als im heurigen, und das Friedensfest der Christenheit aller Bekenntnisse, das heilige Weihnachtsfest brachte nicht den ersehnten „Frieden auf Erden“ vielleicht weil die Menschen nicht vom „guten Willen“ waren, welchen das Wort der heiligen Schrift voraussetzt. Zwischen Frieden und Krieg endete das Jahr, die Conferenzen in Constantinopel versprachen von Anfang an wenig Erfolg, da nicht nur Russland actionsbedürftig, sondern auch die Türkei widerhaarig sich zeigte. Das allerundankbarste und schlimmste Geschäft ist aber stets, Zweien, die sich durchaus streiten wollen, in die Arme zu fallen, und sie gegen ihren Willen zum Friedgeben anhalten zu wollen. In solchem Falle wird man gar schwer sich den Dank des einen oder anderen Theiles verdienen, dagegen sehr leicht von den Schlägen, welche der eine Theil dem anderen versetzt, etwas abbekommen.

In diesem Satze gipfelte die Bismarck'sche Orientpolitik und sprach sie sich beiläufig auf eine dorthin gerichtete Anfrage aus. Oesterreich-Ungarn war nicht in der Lage und auch nicht in die Nothwendigkeit versetzt, wesentlich andere Gesichtspunkte für seine Politik aufzustellen. Solange nicht ein Theil ausdrücklich Graf Andrassy's Intervention in Anspruch nahm, und solange nicht der Zwist und die nationale Hetzerei

auf österreichischen Boden verpflanzt wurde, hielt es Graf Andrassy am besten, ruhiger aber aufmerksamer Zuschauer zu bleiben. Als letzteres, wenn auch nur vorübergehend versucht wurde, indem man dem Führer des geschlagenen serbischen Heeres General Tschernajeff in Prag forcirte Ovationen darbringen wollte, zeigte Graf Andrassy, dass er mit sich nicht spassen lasse und liess den Gegenstand der czechischen Strassenexcesse einfach und schnellstens über die Grenze bringen; gleichwie er im vorhergehenden Jahre den „Märtyrer von Ostrowo“, Cardinal Ledochowsky erinnern liess, dass der kürzeste Weg von Posen nach Rom nicht über Krakau und Lemberg führe. Beide Handlungen, wenngleich letztere ihm von mancher Seite verargt wurde, obwohl sie in milderen Formen vollzogen wurde, waren vom österreichischen Standpunkte vollständig zu rechtfertigen, denn warum soll gerade unsere Monarchie der Tummelplatz für alle abgewirthschafteten unglücklichen nationalen Führer, geschlagenen Partheigänger und Excedenten sein? Warum noch aus der Ferne Leute kommen lassen, welche die nationalen Leidenschaften aufstacheln und unsere Stämme gegen und aufeinander hetzen, da es doch gewiss an Zündstoff im Lande selbst nirgends und niemals fehlt?

So selten und ungerne Graf Andrassy sich in die inneren Angelegenheiten der beiden Reichshälften einmischte und fremde Ressorts tangirt, so versagt er doch dann seine Dienste niemals, wenn er von berufener Seite dazu aufgefordert wird. Dieser Fall trat im Februar d. J. ein, als in Folge des Dissenses mit den österreichischen Ministern das ungarische Ministerium seine Demission gab, welche vom Monarchen endlich auch, freilich sehr ungerne, angenommen wurde. Aber die Lage wurde durch den Rücktritt des Ministeriums Tisza nur noch verwickelter, die Schwierigkeiten mehrten sich, denn zu den Ausgleichs-Differenzen traten jetzt innere ungarische Schwierigkeiten bedenklicher Natur.

Vergeblich unterhandelte man wochenlang mit verschiedenen Partheiführern wegen Bildung eines neuen Ministeriums. Die meisten Chancen hatten die Herren v. Sennyey und Maylàth. Selbstverständlich hörte die Krone wie stets, wenn Krisen im Anzuge sind, den Rath des erprobten Staatsmannes Graf Szecsen

Herr v. Sennyey hätte vermöge seiner seltenen Begabung, der allgemeinen Achtung, die er bei allen Partheien genießt, gewiss viele Chancen, die Leitung der Regierung zu übernehmen, aber vorläufig fehlt es ihm an einer Parthei. Ein Führer mit einem Fähnlein von 15 Mann darf sich doch in einer so stürmischen Situation nicht auf den Kampf-

platz wagen, auf welchem es selbst einem Tisza, der stets eine namhafte Majorität hinter sich hatte, heiss wurde. Was Tisza, hinter dem die zweifelhafte ungarische Reichstags-Majorität stand, von den Ministern und Vertretern der anderen Reichshälfte zu erlangen nicht vermochte, das würde Herrn v. Sennyey, der erst eine Parthei zu bilden gehabt hätte, noch weniger gelungen sein. Haftete doch zu alledem noch der Verdacht auf ihm, ein stiller Compagnon des Clericalismus zu sein. Der „schwarze Baron“ wurde er von den Wiener Sensationsartikelfabrikanten genannt, freilich ganz mit Unrecht, aber was thuts, aliquid semper haeret!

Klug genug schlug Herr v. Sennyey die ihm angebotene Mission, ein neues Ministerium zu bilden und in demselben einen hervorragenden Posten einzunehmen aus dem Grunde aus, weil er diesen Ausgleich wie er 1868 abgeschlossen wurde und jetzt erneuert werden musste, nicht gutheissen und für die Aufrechterhaltung desselben nicht eintreten könne (Erklärungen Sennyey's und Maylath's im Unter- und Oberhause am 27. Februar 1877). Dadurch war aber das eigentlich niemals ganz ernst genommene Ministerium Sennyey schon eine Unmöglichkeit geworden, denn gerade dieser Ausgleich musste zu Stande gebracht werden, da konnte Alles nichts helfen! — Ein günstigerer für Ungarn war ebensowenig zu erreichen als für Oesterreich. Die Festigkeit der Krone einerseits, die versöhnlichen Gesinnungen des zurückgetretenen, aber bald wieder zurückberufenen und mit Neubildung des Cabinets betrauten Herrn v. Tisza sowie des Ministeriums Auerspèrg-Lasser, und die von beiden Seiten erbetene einfluss- und erfolgreiche Vermittlung des Grafen Andrassy brachten eine allseitig befriedigende Lösung der Wirren zu Stande und hielten ein Weiterumsichgreifen der Krise ferne, welches die innere und äussere Lage unseres Reiches gar leicht erschweren konnte.

Allerdings hatte Herr v. Sennyey bündig und unzweideutig sein volles Einverständniss mit der Politik des Grafen Andrassy erklärt, und eine solche Zustimmung musste bei der bekannten vollen Zustimmung der Krone zur Andrassy'schen Politik der Vollmacht, welche Herr v. Sennyey zur Cabinetsbildung erhielt, vorangehen. Aber wer konnte es voraussagen, ob die Billigung Sennyey's sich nicht etwa nur auf die bisherige Politik Andrassy's beschränkte, ob der neue Ministerpräsident auch die Consequenzen dieser präoccupirenden politischen Actionen zu ziehen geneigt gewesen wäre, ob nicht etwa doch „Frictionen“ zwischen Graf Andrassy und dem neuen ungarischen Ministerium vor-

gekommen wären, wie sie in einem benachbarten Staate sehr häufig wiederkehren? —

Unsere Monarchie könnte aber in dem gegenwärtigen Momente derartige „Reibungen“ zwischen den einzelnen Landes- und der Reichsregierung ebenso wenig vertragen, wie etwa eine Culturkampfpolitik oder auch deren absolutes Gegentheil. Darum bot sowohl dem Grafen Andrassy wie auch dem Ministerium Auersperg-Lasser der Fortbestand des Ministeriums Tisza grössere Garantien als ein Cabinet Sennyey-Mayláth. Die Vergangenheit und die Handlungsweise des Cabinets Tisza kannten die erwähnten Factoren, ein Ministerium Sennyey hätte aber leicht Ueberraschungen in seinem Schoosse bergen und einen gewissen vielleicht unbewussten Gegensatz zu dem Ministerium der anderen Reichshälfte bilden können. Nichts wäre jedoch mehr von Uebel gewesen als dies; eine gewisse Homogenität zwischen beiden Landesregierungen wird unser dualistischer Staat niemals entbehren können. Es wird nicht mehr gehen, dass in Oesterreich reactionäre Regierungs-Principien zur Herrschaft gelangen, in Ungarn dagegen liberale, und auch nicht das Gegentheil. In Oesterreich konnte man aber damals (und kann es noch zur Stunde nicht) das Ministerium Auersperg-Lasser ebenso wenig entbehren als Ungarn das Ministerium Tisza! Es ist sehr leicht, jenes Ministerium tagtäglich mit Koth zu bewerfen, mit Vorwürfen zu regaliren, es von Seite der eigenen Parthei im Stiche zu lassen und nach Oben und Unten zu discreditiren. Es ist nicht schwer, den Präsidenten dieses Cabinets, dessen Name eigentlich schon die Verkörperung der liberalen verfassungstreuen Principien ist, dessen persönliche Beziehung zu höchsten Kreisen kaum jemals ein Nachfolger wieder innehaben wird, wie einen bereits Angeklagten herunterzumachen und ihm im „neuen Tagblatt und Pressen“ Jargon selbst seine militärische Charge, seine Art und Weise zu sprechen zum Vergehen zu machen. Es ist ebenfalls nicht schwer, den ersten und besten obersten Verwaltungsbeamten, den unsere Reichshälfte jemals gehabt hat und der gerade deshalb allen Ministerien — natürlich mit Ausnahme der reactionären — eine Nothwendigkeit, eine unentbehrliche Arbeitskraft und eine geistige Zierde war, in Pressorganen wie einen Neuling oder aufdringlichen Streber zu behandeln, es ist endlich auch nicht schwer, an den hervorragenden Fachgelehrten unseres Cabinets: Glaser und Unger, Männer, welche in der wissenschaftlichen Welt einen unvergänglichen Ruhm geniessen und es wahrlich nicht nöthig gehabt hätten, ihre angenehme ehrenhafte Thätigkeit auf dem Katheder, wo sie leider heute noch nicht ersetzt sind, mit der dornenvollen Ministerlaufbahn zu

vertauschen, kleinlich zu nergeln und sie nicht viel besser zu behandeln als etwa Jireczeks-Habietineks, und es ist endlich ein leichter frivoler Witz, den Cultusminister einen „Freund des Erzbischofs und der Jesuiten“ zu nennen, und ihn in jeder Saison die ohnehin auf den Aussterbeetat gesetzte Innsbrucker theologische Facultät mit einem gewissen Behagen an den Kopf zu werfen! —

Aber etwas schwerer wird es jedenfalls sein, für diese Staatsmänner, welche seit vollen sechs Jahren unsere österreichische Reichshälfte vor „Krisen“ und gewissen Rückfällen bewahrt haben, wenn sie endlich die ungerechtfertigten Angriffe satt bekommen; der Kopflosigkeit und Zerfahrenheit ihrer Parthei überdrüssig und wirklich „geschäftsmüde“ geworden sein werden, Nachfolger zu finden, welche in den Rahmen unserer zwiëgespalteten Monarchie passen. Man täusche sich doch nicht damit, dass etwa ein Ministerium Herbst-Brestel-Coronini oder etwa gar ein Ministerium Suess-Hoffer (!!!) ihre Erbschaft antreten wird, oder wenn schon das nicht, doch jedenfalls ein Ministerium Taaffe-Weber oder ein verfassungstreu es Beamten-Ministerium folgen müsse, und „am Ende die Dinge nicht schlechter werden können“.

Es ist vielmehr gegründete Wahrscheinlichkeit vorhanden, dass, wenn die Krone einmal dem Ministerium Auersperg-Lasser den schon öfters erbetenen Abschied bewilligen sollte, Niemand anderer als Graf Hohenwart dessen Nachfolger werden dürfte, dessen bedeutende staatsmännische Begabung und Geschäftskenntniss — wir sehen natürlich von seinen Fundamental-Grundirrhümern ab, welchen er kaum ein zweites Mal zum Opfer fallen dürfte — ihn als Nachfolger des „letzten verfassungstreuen“ Ministeriums qualificiren dürften.

Das soll kein Schreckbild sein — im Gegentheile, wir unsererseits finden in dem natürlichen Kreislaufe unseres Staatslebens jetzt ein zweites Ministerium Hohenwart fast ebenso naturnothwendig und begreiflich, wie es ein zweites Ministerium Auersperg vor sechs Jahren war. Ein der Majorität der Volksvertretung entnommenes Ministerium wird in Oesterreich so bald nicht mehr folgen, ebenso wenig aber in Ungarn nach dem hoffentlich fernen Sturze Tiszas. Auch dort werden nach der vollständigen Zersetzung der einstigen Deak-Parthei weder Szlavy noch Bitto, noch Lonyay mehr an's Ruder kommen, auch dort wird die Erbschaft Tiszas ein Cabinet Sennyey-Mayláth mit jedenfalls noch dunklem Hintergrund antreten. Darum sollten aber alle Jene, welche an der Erhaltung der gegenwärtigen Regierungen vom Partheistandpunkt interessirt sind, weniger leichtsinnig an dem Bestande derselben rütteln und denselben bei jeder

passenden und unpassenden Gelegenheit Steine in den Weg werfen, wodurch die so nothwendige Einigung der oft widerstreitenden Landes- und Reichsinteressen verhindert und die Lösung schwieriger Fragen erleichtert werden würde. —

Der Verfasser kennt den Herrn v. Tisza fast so wenig als den Fürsten Adolph Auersperg, oder den Grafen Andrassy und hat weder ein Verlangen noch ein Bedürfniss, sich einem dieser Herren vorzustellen. Ein einziges Mal im Leben begegnete er Herrn v. Tisza in Wien. Es war zu einer Zeit, wo man eher dessen Versetzung in den Anklagestand als in's Ministerium erwarten konnte. Es war im Jahre 1860, als der noch jugendliche interessante Mann als Führer der ungarischen Protestanten-Deputation mit Baron Nicolaus Vay und Baron Gabriel Pronay nach Wien kam, um von der bereits wankend und unsicher gewordenen Regierung die Wiederherstellung der Rechte der ungarischen Protestanten, namentlich der durch Haynau über den Haufen geworfenen evangelischen Kirchenverfassung und die endliche Einberufung der General-Synode zu erwirken.

Auf Ansuchen eines bedeutenden auswärtigen Blattes hatten ich und der kürzlich verstorbene, damals noch in voller Geisteskraft thätige Schriftsteller Baron Stifft eine längere Unterredung mit Baron Vay und Herrn Koloman v. Tisza, um uns über den Stand der Protestantenfrage und die Verhältnisse in Ungarn näher zu informiren. Wir beide waren angenehm überrascht über die klare, überzeugende und dabei doch besonnene und gemässigte Darstellung, welche der noch junge Mann, der im Thun'schen Ministerium als „starrer ultra Calvinist“ verschrien war, mit ebensoviel Bereitwilligkeit als Geschmeidigkeit gab. An der Bereitwilligkeit der damaligen Machthaber, auf die Wünsche und Beschwerden der ungarischen Protestanten einzugehen, zweifelten wir damals wohl ebenso sehr, als die Führer der Deputation. Das Eis war trotz Solferino in Wien noch lange nicht gebrochen! —

Wenn wir es schon nicht erwartet hätten, bald nachher den Baron Vay als kgl. ungarischen Hofkanzler in Wien wieder zu treffen, so würden wir noch viel weniger es für möglich gehalten haben, Herrn v. Tisza jemals als Ministerpräsident die Geschicke seines Vaterlandes leiten und als solcher eine so bedeutende staatsmännische Fähigkeit beweisen zu sehen, dass er sich nicht nur des vollsten Vertrauens der Krone, sondern der Sympathie aller Partheien gegenwärtig erfreut und in der Bekämpfung der wenigen hirnverbrannten Ultras- und Strassen-Exzesspolitiktreibenden auf die Zustimmung nicht nur der Volksvertretung, sondern auch der Gesamtbevölkerung rechnen darf.

Gewiss ist es bezeichnend, dass selbst der Cardinal-Primas Simor über die Regierung, welche der „Calviner“ Tisza leitet, sich dahin äusserte, dass er (Simor) sich keine bessere und wünschenswerthere Regierung für Ungarn denken könnte als die gegenwärtige, welche jederzeit klug vermittele, Extreme ferne halte, und auch in confessioneller Beziehung so vorsichtig und gerecht vorgehe, dass der confessionelle Friede nicht einmal vorübergehend gestört worden sei und er keinen besonderen Grund zu Klagen oder Beschwerden gehabt habe!

Tisza's fester und ehrlicher, nach allen Seiten loyaler Politik ist es zu danken, dass das so nöthige Ausgleichswerk im vorigen Jahre als es am ärgsten bedroht war, nicht völlig scheiterte und nunmehr doch einer günstigen und beide Theile ziemlich befriedigenden Lösung näher gerückt ist, dass dem Verständniss Ungarns die vorsichtige, besonnene und bis jetzt völlig fehlerfreie Orient-Politik Andrassy's (mit welcher Herr v. Tisza persönlich vollkommen einverstanden ist) näher gebracht wurde, obwohl bei den bekannten und in vieler Beziehung gerechtfertigten turkophilen Sympathien der Magyaren das Eintreten für diese Politik in gewissen Zeitläuften ein hartes Stück Arbeit für Tisza gewesen sein mag. —

Wir werden nunmehr bei Wiederaufnahme der Darstellung der einzelnen Phasen der österreichisch-ungarischen Orient-Politik wiederholt Gelegenheit finden, das persönlich thätige Eingreifen Tiszas in den Gang der Ereignisse wahrzunehmen.

Am 31. März v. Js. erfolgte die Unterzeichnung des Londoner Protokolls, welcher die Rundreise Ignatieffs voranging und der Besuch des Grossfürsten Wladimir am Berliner und Wiener Hof nachfolgte. Die Pforte verweigerte die Annahme der in diesem Protokoll ihr zugemutheten Garantien — die längst-erwartete Kriegserklärung Russlands folgte der türkischen Weigerung auf dem Fusse. Ende April näherten sich die russischen Colonnen dem Balkan.

Oesterreich-Ungarn's Stellung war durch seine innere Lage und nationalen Verhältnisse fast von selbst gegeben. Ein hervorragendes Blatt konnte Ende April mit voller Berechtigung schreiben: „Die Andrassy'sche Politik liegt seit der Dezember-Note wie ein aufgeschlagenes Buch vor uns und das Vertrauen, welches dieser Politik dies- und jenseits der Leitha entgegengebracht worden, hat in dem Maasse an Intensivität gewonnen, als es immer klarer geworden ist, dass Oesterreich durch diese Politik in der That bisher von directen Gefahren und von Opfern zur Abwendung derselben verschont geblieben ist.“

Im ungarischen Reichstage versäumte man indess nicht, von der

Regierung über die einzelnen Stadien dieser Politik Auskünfte zu verlangen.

Am 2. Mai fragte Somssich: Gedenkt die Regierung dem Vorrücken der russischen Truppen gleichgiltig zuzusehen? wenn ja, thut sie dies auf Grundlage von Garantien, welche die Interessen der austro-ungarischen Monarchie besonders Ungarns als unmittelbaren Nachbars gegen alle Eventualitäten zu wahren im Stande sind? Welche Schritte hat sie gethan und was beabsichtigt sie zu unternehmen, damit die Handelsfreiheit an der untern Donau ungestört bleibt und das producirende und handeltreibende ungarische Publikum vor Verlusten bewahrt werde?

Hr. v. Tisza war in der Lage zu erwidern, dass nach Constantinopel wie nach Petersburg die Aufforderung ergangen sei, dafür zu sorgen, dass die Unterbrechung der Donauschifffahrt weder räumlich noch zeitlich sich ausdehne.

Im ungarischen Unterhause interpellirte Chorin mit 31 Genossen: „Die Orientfrage sei eine Existenzfrage für Oesterreich-Ungarn, denn wenn es Russland gelingen sollte, sich auf dem Balkan festzusetzen und auf den Trümmern der Türkei panslavistische Tendenzen zu realisiren, dann würde es diese Propaganda auch nach Oesterreich tragen, wodurch das Geschick der Monarchie auf's Ernsteste gefährdet werden würde. — Ungarns Sympathie für die Türkei sei nicht gleichbedeutend mit Antipathie gegen die slavischen Völker des Balkan. Die Wichtigkeit der Donaumündungen und der unteren Donau sei evident. Würden diese in russische Hände gelangen, so wäre dies der empfindlichste Schlag für die Interessen der Monarchie. Die Interpellanten richteten daher folgende Fragen an die Regierung: 1) hält die Regierung den Pariser Vertrag für bestehend und rechtsgiltig und ist sie gesonnen ihren Einfluss auf Aufrechterhaltung derselben anzuwenden? 2) ist sie gesonnen ihr ganzes Gewicht in die Wagschale zu legen, um zu verhindern, dass Russland auf Kosten des türkischen Reiches territoriale Vergrößerungen erlange oder Fürstenthümer und Provinzen der Balkanhalbinsel unter seine unmittelbare oder mittelbare Oberhoheit gelange?“

Bereits am 23. April wurde auch das österreichische Ministerium von Giskra und Genossen interpellirt, welche Ziele und Zwecke von dem gemeinsamen Ministerium in's Auge gefasst werden. Minister Freiherr v. Lasser beantwortete am 4. Mai diese Interpellation dahin: „Die Haltung der Monarchie beim Ausbruch des russisch-türkischen Krieges entspreche derjenigen, welche sie seit der Dauer der orientalischen Verwicklungen eingenommen und consequent beobachtet habe. Ihre Bemühungen um praktische Verbesserung des Loses der Christen sind bekannt, gleichzeitig waren ihre Bestrebungen auf Erhaltung des Friedens gerichtet und als diese unmöglich geworden waren, auf Localisirung des Krieges. Nachdem ersteres nicht gelungen, war der Regierung eine doppelte Aufgabe gestellt: Erstens Alles aufzubieten, damit der Krieg keine europäische Complicationen im Gefolge, zweitens bezüglich der Consequenzen des Krieges auf definitive Gestaltung der Dinge im Orient denjenigen Einfluss unter allen Umständen zur Geltung zu bringen, welche der Lage sowie den Interessen der Monarchie entspricht. Bisher sei es der Regierung gelungen, ohne militärische Vorkehrungen treffen zu müssen, ihre Ziele im Auge zu behalten. Kein Anlass zu einer Mobilisirung, zu militärischen Massnahmen sei vorhanden, aber

andererseits ist sich die Regierung bewusst, dass keine Macht im europäischen Orient näherliegende hochwichtige Interessen wahrzunehmen hat als Oesterreich-Ungarn. Die Regierung kennt auch ihre Verantwortung in vollem Maasse. Sie schöpft ihre Zuversicht aus den entschieden freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten, und ist überzeugt dass Se. Majestät, wo es die Interessen der Monarchie zu schützen gilt, auf die Hingebung der Völker und den Patriotismus ihrer Vertreter mit voller Sicherheit zählen könne. In dieser Zuversicht sowie in dem Kraftgefühl, welches der Besitz einer durch die Voraussicht der Vertretungskörper erfolgreich entwickelten Heeresmacht verleiht, sieht sich die Regierung auch gegenwärtig noch in der Lage, der Stimme Oesterreich-Ungarns ohne Ergreifung militärischer Massnahmen die nöthige Beachtung zu sichern.“

Auf diese Darlegung seiner Politik vor sieben Monaten, unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, dessen Wechselfälle noch Niemand bestimmt vorher wissen konnte, durfte sich Graf Andrassy in der zweiten österreichischen Delegationssitzung der gegenwärtigen Session am 12. Dezember berufen, als verschiedene Redner den Vorwurf der Inconsequenz seiner Politik in freilich ganz unmotivirter Weise zu wiederholen beliebten.

Die Politik der Regierung ist die nämliche geblieben in der Zeit, als die russischen Armeen mit unerwarteter Leichtigkeit über den Balkan gegangen, sie ist die gleiche geblieben, als die russischen Armeen Niederlagen erlitten, und sie ist heute dieselbe, wo die russischen Waffen erneuert siegreich vordringen.

Und nochmals die damalige Beantwortung der Interpellation vorlesend, konnte Graf Andrassy mit einem gewissen berechtigten Stolz betonen: **Das ist der Standpunkt meiner Politik von damals, das ist der Standpunkt von heute! —**

Während im österreichischen Reichsrath die allgemeine Befriedigung über die obige Darlegung der auswärtigen Politik weitere Interpellationen vorläufig für überflüssig erachtete, hatte die Regierung in Ungarn noch oftmals Rede und Antwort zu stehen. Am 14. Mai wies Herr v. Tisza das Verlangen, Aktenstücke über die Orientfrage dem Abgeordnetenhaus vorzulegen, wiederholt zurück und bemerkte „dass die Aktenstücke seinerzeit den Delegationen vorgelegt werden würden“, was auch in wenigen Tagen der Fall sein wird. —

Am 16. Mai beantwortete Herr v. Tisza eine Interpellation des im Fragen unermüdeten Herrn Helfy über die Vorgänge in Rumänien und ob nicht für die Regierung die Zeit gekommen sei Stellung zu nehmen, dahin, dass ein Aggressionsfall nicht vorliege, dass die russischen Heere im Einvernehmen mit Rumänien dort eingezogen sind. Bei dieser Gelegenheit sprach Herr v. Tisza den richtigen ächt constitutionellen Grundsatz aus „dass keine parlamentarische Regierung Instruktionen zur Leitung ihrer äusseren Politik

annehmen könne. Wenn die Regierung in der Minorität mit ihrer Politik sei, dann bleibe nur ein Weg, dass der, welcher das Vertrauen des Hauses genießt, die Regierung übernehme.“ — (An denselben Fundamentalsatz, dass ein Minister des Auswärtigen keine bindenden Instructionen von Vertretungskörpern übernehmen könne, dass man nur die Wahl habe, entweder seine Politik gutzuheissen oder sie zu missbilligen, in welchem Falle der Minister dann in Erwägung ziehen müsste, ob er nicht zurückzutreten genöthigt sei, erinnerte Graf Andrassy auch zuletzt wiederholt in den Delegationsausschüssen.)

Am 15. Juni erwiderte Herr v. Tisza auf eine Interpellation Jranjys beiläufig folgendes: „Damit keine, die Interessen Oesterreich-Ungarns widersprechende Gestaltung zu Stande komme, kam die Mehrheit der Aktenstücke in der Orientfrage (Berliner Memorandum, die Constantinopeler Beschlüsse, das Londoner Protokoll) durch sämtliche Pariser Traktat-Mächte zu Stande. Diese Vereinbarungen stehen durchaus nicht im Widerspruch mit den Interessen Oesterreich-Ungarns. Die Regierung werde sich vorläufig lieber tadeln lassen, als zu einer gegen die Interessen der Monarchie gerichteten Politik drängen, — eine entgegengesetzte Politik hätte einen uns näher berührenden Krieg zur Folge gehabt — die fremden Mächte haben nie ein grösseres Vertrauen, eine grössere Freundschaft und Herzlichkeit für Oesterreich-Ungarn an den Tag gelegt als gerade jetzt.“ —

Am 22. Juni interpellirten im österreichischen Reichsrath Hoffer und Genossen: ob die Regierung an der Neutralitäts-Politik festhalte oder ob sie militärische Massregeln zu ergreifen gesonnen sei? Den Grund zu dieser Anfrage boten die in den letzten Tagen des Juni mit Nachhaltigkeit auftretenden Mobilisirungsgerichte. Fürst Auersperg erklärte in der Sitzung vom 29. Juni, dass eine Mobilisirung weder angeordnet noch beschlossen sei. — Herr v. Tisza gab in der ungarischen Unterhaussitzung vom 26. Juni neuerdings die bestimmte Erklärung: dass die Monarchie auf alle Fälle die Freiheit der Action bewahren und vor Allem bedacht sein werde, dass unter allen Verhältnissen solche Gestaltungen verhindert werden, welche mit den Lebensinteressen der Monarchie collidiren, dass keine Bündnisse oder Verpflichtungen mit fremden Mächten eingegangen worden seien und die Freiheit unserer Entschliessung im vollen Maasse gewahrt sei“ etc. Graf Albert Apponyi und Benjamin Kallay betonten die Nothwendigkeit der Erhaltung der Türkei im Interesse unserer Monarchie, worauf Tisza erwiderte: die Monarchie werde keine Besitznahme eines Nachbargebietes durch eine fremde Macht dulden.“ —

An der einmal fest beschlossenen Politik des Grafen Andrassy konnte der Zug der Russen über den Balkan ebenso wenig eine Aenderung hervorbringen als die etwas erregte türkenfreundliche Stimmung in Ungarn, welche durch Meetings angefacht wurde. Wenn auch die grosse Volksversammlung in der ungarischen Hauptstadt (Ende Juli) implicite dem Grafen Andrassy ein Vertrauensvotum gab, der Minister, seiner Pflicht und Verantwortung eingedenk, legte auf diese Kundgebung ein ebenso geringes Gewicht als auf die entgegengesetzten Resolutionen, welche die Pesther Volksversammlung am 16. Dezember mit ihren darauffolgenden verwerflichen tumultuarischen Scenen annahm.

Dass in einem Reiche, in welchem den beiderseitigen Parlamenten

und ihren Kundgebungen von der Regierung die grösste Berücksichtigung zu Theil wird, in welcher Pressfreiheit und Vereinsrecht innerhalb der Grenzen des Gesetzes gewährleistet sind, auf eine excessive Strassen-Politik, gleichviel ob sie in Pesth oder Prag, in Agram oder Lemberg, ob sie im turkophilen oder russenfreundlichen Sinne in Scene gesetzt wird, von Seite der Regierung keine Rücksicht genommen werden kann, wird jedem reifen Politiker einleuchtend sein. Treffend hat Minister Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus unter stürmischer Zustimmung die Helfys und Iranyis, welche die Geister die sie losliessen selbst nicht mehr bannen konnten, daran erinnert, dass durch solche Ausschreitungen die wahren Interessen und der berechtigte Einfluss der Nation beeinträchtigt werden müsste und leicht das Gegentheil von dem, was dadurch erzielt werden soll, herbeigeführt werden könnte.

Welche Gestaltung hätte die Orient-Politik seit einem Jahre bekommen müssen, wenn der Leiter des auswärtigen Ministeriums auf die verschiedenen Volksversammlungen und ihre gerade das extremste Gegentheil bezweckenden Resolutionen Rücksicht oder die verschiedenen Zeitungsartikel zur Richtschnur seiner Handlungsweise hätte nehmen wollen! Welch' ein trauriges Bild chaotischer Zustände, widerstreitender Interessen und greller Stammesgegensätze bot unsere Monarchie, von den Meetings in Ungarn, bei welchen Herr Klapka als erster Akteur functionirte, angefangen bis zu den jüngsten Beleuchtungs-Demonstrationen und Demonstrationchen in Croatien und in kleinen böhmischen Dörfern aus Anlass des Falles von Plewna! Welch' widerliche Scenen und Auftritte reihten sich da in fast ununterbrochener Folge aufeinander! Der Tschernajeff-Rummel in Prag, die trotz behördlichem Verbote theilweise abgehaltene Volksversammlung in Lemberg mit den anti-russischen Resolutionen, die Sophta-Narretheien in Pesth, die Agramer Gratulationen an den russischen Grossfürsten, der Pesther Spektakel aus Anlass der Inspektionsreise des Herrn Erzherzogs Albrecht und des Kaschauer Königstoastes am Geburtstage des Czaaren, der vereitelte Szekler Putsch zu Gunsten der Türken und andere Auftritte und Excesse — sie bieten ein buntes, aber kein schönes oder neidenswerthes Bild nationaler Disharmonie und österreichisch-ungarischer Partheitheilnahme für — fremde Interessen und Vortheile. Man braucht nur 3—4 verschiedene Zeitungen, etwa ein Wiener Weltblatt, ein czechisches Organ, eine polnische Zeitung und ein magyarisches Blatt zu lesen, um die Ueberzeugung zu erlangen, dass ein Staatsmann sich von den sogenannten Strömungen der öffentlichen Tagesmeinung

freihalten und ihr gegenüber eine vornehm kühle und völlig objective Haltung bewahren muss. Wohin käme man denn sonst? Zum Allerkrieg, d. h. zum Kriege mit aller Welt und gegen alle Welt, wie es die Weisheit der österreichischen Politik noch bis 1870 war, wo der ungarische Premierminister bereits gegen eine gewisse allzu nervöse Geschäftigkeit und anfängliche Einmischungsneigung mit Erfolg intervenirte, oder zu einer Politik des Chaos, der Oesterreich-Ungarn nach Innen und Aussen zum Opfer fallen müsste!

Es ist daher ein wahres Glück für unseren oft irregeleiteten Kaiserstaat, dass im Momente der grössten Gefahr gerade ein ungarischer Staatsmann an der Spitze der obersten Regierung steht, der wie Graf Andrassy zwar ein ungarisches Herz, aber deutsche Bildung, deutsche Besonnenheit und Zähigkeit besitzt, der, obgleich er für sein engeres Vaterland gekämpft und gelitten hat, doch viel zu gescheidt und auch wieder ein viel zu ehrlicher, viel zu patriotischer Minister des Kaisers von Oesterreich ist, um seinen Stammesgenossen, ihren Sympathien und Antipathien zu Gefallen eine Politik zu wagen, durch welche im nicht unmöglichen Falle des Misslingens Millionen slavischer Unterthanen Oesterreichs in die Arme Russlands getrieben werden würden.

Ein czechischer Staatsmann — etwa ein Chotek, der ja öfters als Candidat für diesen Posten genannt wurde — würde den Strömungen der Militärparthei, welche Oesterreich zu Gunsten Russlands in den Krieg hineinzuziehen bestrebt war, und diese Hoffnung noch immer nicht aufgegeben hat, nicht nur nicht Widerstand geleistet, sondern, sich ihnen sehr gerne überlassen haben. Dadurch würde aber wieder eine Abentheurer-Politik für Oesterreich inaugurirt werden, welche plan- und zielbewusst auf Eroberungen ausginge und welcher Ungarn sich mit aller Kraft und um jeden Preis widersetzen würde. Die Folge davon wäre gar leicht ein furchtbarer Bürgerkrieg, ein Raçenkampf auf Leben und Tod gewesen. Auch in diesem Falle würden kaum jene, welche die gefährlichen Geister muthwillig losgelassen, sie zu bannen im Stande gewesen sein.

Ein Deutsch-Oesterreicher aber mit der Leitung der auswärtigen Politik betraut, würde kaum eine selbstständige Politik zwischen den zwei entgegengesetzten nationalen Strömungen — der magyarischen und czechischen — auf die Dauer haben behaupten können. Die Gefahr wäre naheliegend gewesen, dass er, einem Zündhölzchen zwischen zwei Feuern nicht unähnlich, entweder ein Opfer solcher „Frictionen“ geworden wäre oder sich der einen Strömung ganz und rückhaltslos hin-

gegeben hätte, was ebenfalls nur zum Schaden der Interessen der Gesamtmonarchie hätte geschehen können. Wir bezeichnen es daher noch einmal als ein glückliches Ereigniss für unsere Monarchie, dass gerade jetzt Graf Andrassy an der Spitze unserer obersten gemeinsamen Regierung steht, ein Mann, der gegen perfide Angriffe und grundlose Beschuldigungen gestählt ist und diesen kalte Gleichblütigkeit und wenn nöthig Verachtung entgegenbringt, gleichviel ob sie von magyarischer oder von slavischer oder von deutsch-österreichischer Seite kommen. Wer wie Graf Andrassy das tragikomische Schicksal, von der siegestrunkenen übermüthigen Reaction in effigie gerichtet und seines rechtmässigen Besitzes beraubt zu werden, mit so viel Ruhe und Würde ertragen hat, der kann noch ruhiger eine „in effigie-Absetzung“ von Seite des radicalen Schreiers Verbohay, die fanatischen Wuthausbrüche slavischer von Asatkof inspirirter Organe oder die wuthschnauenden aber höchst ungefährlichen Leitartikel eines gewissen Wiener Welt- (oder richtiger Halbwelt-) Blattes über sich ergehen lassen!

Es kann daher dem wahren Patrioten nur zur Befriedigung reichen, dass die — soweit dies überhaupt möglich ist — offene und klare Politik des Grafen Andrassy bereits in den bisherigen Berathungen der diesjährigen Delegations-Session ihre Würdigung und Billigung gefunden hat, und dass die Einsicht und die patriotische Gesinnung der Delegirten den Minister mit einem — quasi Vertrauensvotum entliessen; denn ein vorläufiges Vertrauensvotum war es jedenfalls, mit welchem die bisherige Session der Delegationen vor Weihnachten geschlossen wurde. Wenn die ungarische Delegation den landsmännischen Minister mit lauter herzlichen Elfenrufen entliess, so sprachen die österreichischen Delegirten in der letzten Sitzung des Budgetausschusses der Leitung der auswärtigen Politik nicht minder entschieden ihre Anerkennung und Billigung aus, wenn dies auch wie es eben Sache des Naturells ist in etwas weniger lebhafter Weise geschah. So dürftig der Bericht ist, welcher in Folge des Gelübdes des Stillschweigens, zu welchem die Herren Delegirten sich verpflichteten, von zwei dieser Herren verfasst und veröffentlicht wurde, soviel geht doch daraus hervor, dass es der lichtvollen und alle berührten, bestrittenen und angegriffenen Punkte in umfassendster Weise erörternden Auseinandersetzung des Ministers gelungen ist, auch in dieser, diesmal sehr rigoros sich anlassenden Versammlung jedwedes Misstrauen und Missverständniss zu bannen. Im officiellen Bericht wenigstens finden wir, dass Delegirter Dr. Giskra nach den Auslassungen des Ministers erklärte, „der Nebel, der die auswärtige Politik bisher verhüllt habe, sei jetzt allerdings einer grösseren

Klarheit gewichen“. Freiherr v. Koller (der ehemalige Kriegsminister) sprach sein volles Vertrauen zur Politik des Ministers des Auswärtigen aus; endlich hat der Obmann des Ausschusses Dr. Herbst — jedenfalls als Führer der österreichischen Verfassungspartei die wichtigste, und unserer Ansicht nach auch die durch staatsmännische Begabung hervorragendste Persönlichkeit der diesseitigen Volksvertretung — am Schlusse der Besprechung erklärt, „dass der Zweck derselben, wie er aus dem seinerzeitigen Antrage des Delegirten Dr. Sturm hervorging, vom Minister umfassende und bündige Aufklärungen über den bisherigen Gang der auswärtigen Politik zu erlangen, in der ausgedehntesten Weise erreicht worden sei, wie Jeder anerkennen müsse.“ Dr. Herbst glaubt, „obwohl ihm als Obmann kein Urtheil über die Eindrücke der Mitglieder zusteht, dem Minister für die Offenheit und Klarheit, mit welcher er diese Aufklärungen zu geben bemüht war, den Dank der Versammlung aussprechen zu sollen.“

Eine Politik, welcher, früher bekrittelt und angegriffen, nunmehr nachdem ihre Ziele und Motive offen dargelegt worden waren, die Führer und Redner aller Partheien ihre Billigung und Anerkennung nicht versagen können, welcher selbst der Obmann des Ausschusses und zugleich das Haupt der stärksten Parthei im Reichsrathe „Offenheit und Klarheit“ nachrühmt, ohne auch nur von einer Seite auf das geringste Zeichen von Widerstand oder dissentirender Meinung zu stossen, eine solche Politik — meinen wir — müsste als die relativ beste und vortheilhafteste, welche unsere, des Friedens bedürftige Monarchie einschlagen und festhalten konnte, überall anerkannt und auch auf das Kräftigste durch eine ehrliche, unabhängige und nur das Interesse des Staates im Auge behaltende Presse unterstützt werden. Einer solchen Politik — meinen wir ferner — welcher schon in den ersten Sitzungen beider Delegationen implicite ein Vertrauensvotum ertheilt wurde, müsste im Plenum beider Körperschaften ein eclatantes Vertrauensvotum explicite und freiwillig entgegengebracht werden, um dem Leiter der auswärtigen Staatsangelegenheiten nach Innen und Aussen die Mittel zu bieten, die Ziele seiner Politik unbeirrt und unverrückt, fest, entschieden, unter allen Umständen und gegen alle Strömungen verfolgen zu können.

Wir zweifeln auch nicht, dass Graf Andrassy sich veranlasst finden wird, solche entschiedene unzweideutige Vertrauensvota zu verlangen, die Vertrauensfrage zu provociren, weil durch selbe in gegenwärtigen schwierigen Zeitläuften seine Politik, seine Actionen den rechten Halt

und festen Kitt bekommen. Wenn das Ausland gewahrt wird, dass die auswärtige Politik unserer Monarchie in gleicher Weise das höchste Vertrauen und die Billigung der Krone wie der beiderseitigen Volksvertretungen genießt, dann wird und muss diese Thatsache imponiren und man wird sich der Einsicht nicht verschliessen, dass man mit dieser Politik rechnen muss, dass es vergeblich und schädlich wäre, noch länger auf divergirende Partheiströmungen und dissentirende Bestrebungen im Innern Oesterreichs zu hoffen und von deren Durchbruch und Sieg etwa eine günstigere Constellation, eine „Wendung“ der österreichisch-ungarischen Politik zum Besseren für ausländische Interessen, zum Schlimmeren für unsere eigenen vaterländischen Interessen zu erwarten. Ein eclatantes Vertrauensvotum der Delegationen für den Grafen Andrassy und seine Politik würde aber auch in feierlichster officiellster Weise die Einheit und Einigkeit beider Reichshälften zum Ausdruck bringen und wann wäre dies jemals nöthiger gewesen als heute, wo es gilt, aller Welt zu beweisen, dass innere Ausgleichsschwierigkeiten und nationale Partheikämpfe die Völker und Stämme der Monarchie nicht hindern, die ganze und volle Kraft unseres noch ungebrochenen Reiches zur Vertheidigung unserer gemeinsamen vaterländischen Interessen, der Sicherheit, Integrität und Existenz unserer Monarchie einzusetzen.

Endlich ist es eine logische Folgerung der Consequenz, wenn die Delegirten, welche ja den ganzen bisherigen Gang unserer auswärtigen Politik als klar, offen und unseren Interessen nichts vergebend anerkannt und gebilligt, und die „guten und patriotischen Absichten, welche diese Politik leiteten und die sich auch auf die Türkei erstreckt haben“ anerkannt haben, kein Bedenken tragen sollten, auch für die zukünftigen Actionen dieser Politik ihr vollstes Vertrauen auszudrücken. Wenngleich der Minister sich keine bindenden Normen und Directiven für seine Actionen wird ertheilen lassen können, noch dürfen, und zwar schon deshalb nicht, weil ja Niemand den Gang, welchen die Ereignisse nehmen können, mit voller Bestimmtheit oder auch nur annäherungsweise Gewissheit vorhersehen kann, so können die Delegirten doch mit Bestimmtheit darauf rechnen, dass die zukünftige auswärtige Politik unserer Monarchie sich unter keinen Umständen aus den festen Grenzen, in welchen ihre Wünsche mit denen des Grafen Andrassy zusammenfallen, herausdrängen lassen wird, und dass Graf Andrassy nöthigenfalls auch die ganze physische Kraft unseres Reiches

für Aufrechterhaltung dieser Grenzen, für Wahrung der **österreichischen** Interessensphäre — aber auch nur dieser — einzusetzen sich nicht scheuen und bedenken wird.

Wer solche Worte zu sprechen wagt, wie Graf Andrassy in den Delegationen, dem wird man doch glauben müssen, dass er es ernst meint und dass er wenigstens weiss, was er will. Hören wir einige derselben: In der zweiten Sitzung der österreichischen Delegation, als Graf Andrassy seine Politik gegen den Vorwurf des Schwankenden, Inconsequenten vertheidigte und sich mit den Worten: Das ist der Standpunkt von damals, das ist der Standpunkt von heute, auf die Antwort berief, welche Minister Lasser in seinem Namen am 4. Mai v. Js. auf die Giskra'sche Interpellation gab, sprach er folgende Worte:

„Nun constatire ich aber zugleich, dass diese Politik wohl kaum eine schwankende gewesen sei, denn man kann einem Minister so wenig Verstand als möglich zumuthen, aber Eines muss man ihm doch zumuthen, dass, wenn er innerhalb der grössten Krisen und der grössten Gefahren mit sich im Unklaren gewesen wäre, wie hier betont worden ist, er wenigstens so vorsichtig gewesen wäre, nicht diese Sprache zu führen. Er hätte sich gedeckt und die unbedingte Neutralität aufgestellt, ein Programm, für welches eine Unterstützung leicht zu finden gewesen wäre. Die Zuversicht, mit der das gesagt worden ist, hat, wie ich mich erinnere, bei Manchem als Missverständniss keine angenehme Stimmung hervorgebracht — was ich sehr bedauere — aber Eines constatire ich, dass die Politik wenigstens klar ausgedrückt war und unmöglich gefolgert werden kann, dass das Programm, das damals als zu bestimmt betrachtet werden wollte, heute als schwankendes hingestellt werde.“

In der früher bereits öfter erwähnten Budget-Ausschuss-Sitzung derselben Delegation erklärte er, dass, wenn er Alles Geschehene ungeschehen machen könnte und die Frage genau wieder so läge, wie zu Beginn der Action, er ganz genau ebenso vorgehen würde, wie jetzt.

Hätte ein früherer Minister nach einem Jahre an Ereignissen und politischen Actionen so reich, wie das soeben beendete oder vielmehr nach achtzehn Monaten hoher Politik solche Worte gewagt, man würde sie mit Hohnlachen und lautem Spott übertäubt und den Sprecher wegen frivoler Verhöhnung der hohen Versammlung zur Rede gestellt haben. Graf Andrassy durfte diese Worte wagen und wir haben nicht gelesen, dass auch nur eine einzige Kundgebung des Spottes oder Unwillens vorgekommen wäre.

Oder noch ein Beispiel: Das berechtigste Selbstbewusstsein, die stärkste Ueberzeugung, dass man das, was man als gut anerkannt, auch gethan habe und dass es von Erfolg begleitet war, sprach sich in den

Worten aus, welche Graf Andrassy ebenfalls in der österreichischen Delegation sprach, als von der eventuellen Annexion Bosniens und der Herzegowina die Rede war:

„Wenn nämlich von Annexionen gesprochen wird, so drängt sich mir folgende Reflexion auf: Ich erinnere mich, ohne sehr alt zu sein, an andere Kriege, die in Europa und zwar weit entfernt von uns stattgefunden haben, ich erinnere mich an die Furcht, die auch damals vielleicht der bei uns angeborne Pessimismus hervorgebracht hat, an die Furcht, die sich in der Frage äusserte: Welche Provinz wird Oesterreich nach diesem Kriege verlieren?

Nun sehe ich mit Vergnügen, dass diese Frage gar nicht berührt wird, ich habe sie gar nicht gehört, seitdem dieser Krieg dauert: Ich habe nur die Furcht und Angst vernommen, dass Oesterreich einmal ausnahmsweise eine Provinz gewinnen würde.“

Weiter sagte Graf Andrassy:

„Ich habe bis jetzt vorwiegend nichts Anderes gehört, als dass für jeden Fall der Friede erhalten werden möge, ich habe nur die Furcht vor Aufstellungen, die Furcht vor den Hunderten von Millionen vernommen, die ausgegeben werden müssten, ohne dass doch dadurch die Interessen der Monarchie gewahrt würden. Was höre ich aber jetzt? Es sind keine Aufstellungen gemacht worden, die Millionen gekostet hätten; die Interessen der Monarchie sind aber gewahrt worden, und trotzdem ist das Urtheil Mancher kein anderes, als wenn das Gegentheil geschehen wäre. Ich erwarte von den Herren, die ich nicht näher bezeichnen kann, ich meine jene Herren, welche mit der Politik des Ministeriums des Aeusseren nicht einverstanden sind, die Beantwortung der Frage, welches denn die Interessen sind, die bis heute geschädigt oder aufgegeben worden sind? Ich erwarte dies sowohl in meinem, als im Interesse aller Nachfolger. Denn wenn die Politik dessen, dem es gelingt, Oesterreich den Frieden zu bewahren, und ich bin stolz darauf, hiezu beigetragen zu haben — in gleiche Kategorie mit der Politik Desjenigen gesetzt wird, dem vielleicht weder das Eine, noch das Andere gelungen wäre, so ist das ein abschreckendes Beispiel für jeden Minister, oder dieser muss eine Geringschätzung für gewisse Tagesmeinungen bekommen, welche gleich messen, was nicht gleich zu messen ist. Ich werde auf diesen Punkt zurückkommen und werde bei gebotener Gelegenheit fragen: Was ist das, was ich gethan habe und was ich nicht hätte thun sollen, und was ist, was ich hätte thun sollen und nicht gethan habe?

In welcher Weise habe ich den Krieg zu verhindern gehabt? Sind die betreffenden Herren der Ansicht, dass der Krieg durch den Krieg hätte verhindert werden sollen, so bitte ich es, zu sagen. Dieser Frage ist in nichts präjudicirt. Ich bin dieser Ansicht nicht. Ich bitte nur zu entscheiden, ich werde dieser Entscheidung nicht aus dem Weg gehen, ich werde sie provoziren, werde mich aber für meine

Person dadurch von dem Standpunkte nicht wegbringen lassen, den ich einnehme, das ist, das Ansehen der Monarchie, zugleich aber die freundschaftlichen Beziehungen mit allen Mächten zu wahren, die Interessen der Monarchie zu schützen; das ist der Standpunkt, den ich heute einnehme und ist derjenige, den ich immer eingenommen habe.“

Und auch auf diese Provocation hin erfolgte keine Anklage, keine Beschuldigung der Politik Andrassy's. In der darauffolgenden Sitzung wusste keiner der Herren Delegirten, welchen es doch gewiss weder an Scharfsinn noch an Neigung zu negativer Kritik gebricht, nachzuweisen, dass ein oder das andere österreichische Interesse bis heute geschädigt oder aufgegeben worden sei. Keiner der Herren, so verschiedene Partheipunkte in der Delegation auch vertreten waren, entsprach der Aufforderung des Ministers, ihm zu sagen: was das wäre, das er gethan hat und nicht hätte thun sollen, und was er nicht gethan hat und hätte thun sollen. — Wenn dieses freiwillige Waffenstrecken der berufenen Kritiker und Censoren der auswärtigen Politik nicht ein vollständiger Sieg, ein unverkennbarer Triumph der Politik Andrassy's genannt werden darf, dann wissen wir nicht, wie wir die Begriffe Sieg oder Niederlage definiren sollen. —

Fassen wir also nochmals die Vorzüge und Resultate der achtzehn Monate Andrassy'scher Politik zusammen, so ergibt sich Folgendes: Die gewonnenen Resultate sind theils positiver, theils negativer Natur.

Als positive Resultate führen wir an:

1. Die Erhaltung des Friedens der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Vermeidung jedweder Occupation oder Mobilisirung. Graf Andrassy liess sich weder zu der von einer Seite gewünschten Occupation Bosniens und der Herzegowina, noch zum Einrücken in Serbien, zur Besetzung Belgrads, welche von anderer Seite gefordert wurde, bestimmen. Erstere hätte frühzeitig und ohne Nothwendigkeit bedeutende Geldopfer erfordert, letztere aber, da die Absichten Russlands vollständig bekannt waren, den russisch-türkischen Krieg doch nicht verhindert; Oesterreich aber dem Kriegsschauplatze und vielleicht auch dem Kriege selbst näher gebracht. Dadurch, dass Graf Andrassy der Militärparthei und ihren einflussreichsten, höchstgestellten und einsichtsvollen Führern nicht nur Widerstand geleistet, sondern sie von der Opportunität seiner Politik überzeugt und für dieselbe gewonnen hat, ersparte er den steuerzahlenden Bürgern Millionen, welche zweck- und nutzlos vergeudet worden wären, und im schlimmsten Falle, wenn eine Intervention unvermeidlich geworden, jedenfalls vor-

theilhafter zu verwenden sein dürften. Wenn man erwähnt, dass bereits seit Juli 1876 das Geschrei nach einer bewaffneten Intervention Oesterreich - Ungarns fortdauert, und wenn man sich vergegenwärtigt, welch' colossale Summen, selbst wenn auch erst im Sommer v. Js. diese Wünsche erfüllt worden wären, bereits ausgegeben hätten werden müssen, um wie viele Hundert Millionen das gemeinsame Militärbudget heute mehr belastet wäre; wie viele österreichisch-ungarische Krieger bereits dem Klima, den unvermeidlichen epidemischen Krankheiten zum Opfer gefallen wären, während bis heute noch kein Mann und kein Gulden verloren ging — dann wird man, falls man nicht zu der Sorte der „Herren von Habenichts“, die nichts zu verlieren haben, oder der gewissenlosen Spekulanten gehört, dem Grafen Andrassy für seine vorsichtige, gewissenhafte und friedliche Politik vom ganzen Herzen danken. In der That spricht die besitzende Classe, das producirende Bürgerthum, der gewerbfleissige ackerbautreibende Theil sich allenthalben entschieden für diese erfolgreiche, ihren Interessen entsprechende Friedenspolitik des Grafen Andrassy aus, während nur die Cliques der Bummler, Strassenpolitiker, Säbelrassler zu den Malcontenten und Gegnern dieser Politik gehören. Dem älteren Theile der Bevölkerung ist es erinnerlich, wie im Jahre 1854 die 400 Millionen Nationalanleihe und noch viele hundert andere Millionen von unnöthigen und leichtfertigen Interventionen und Occupationen, welche der Monarchie weder Vortheile, noch Machtzuwachs brachten, verschlungen wurden. Dass das absolute Regierungsprincip, sich wenig um die öffentliche Meinung und die Wünsche der Bürgerschaft und producirenden Stände kümmernd, tief in den leeren Staatssäckel griff, und nöthigenfalls die Banknotenpresse fleissig fort arbeiten liess, das kam freilich öfter als gut und nöthig war, vor; dass aber ein österreichisches Ministerium von einem ihm bewilligten, umfassenden Credit für eventuell nothwendige militärische Vorkehrungen keinen Gebrauch macht, das ist in Oesterreich bis auf die Zeiten Andrassy - Hofmann noch nicht dagewesen. *)

2. Die Politik Andrassy's hat die freundschaftlichen

*) Bekanntlich fand Ende Juli v. Js. unmittelbar nach den russischen Niederlagen in Wien ein gemeinsamer Ministerrath statt, in welchem Graf Andrassy, nachdem er ein Exposé der politischen Lage gegeben hatte, behufs Ergreifung der nothwendigen rechtzeitigen Vorkehrungen für den Fall als die Nothwendigkeit für die Monarchie eintreten sollte, aus der bisherigen vollständigen Passivität hervorzutreten, von der Krone und den beiderseitigen Ministerien ermächtigt wurde, im gegebenen Moment, wenn er es für nothwendig erachten sollte,

Beziehungen zu allen europäischen Hauptmächten erhalten. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist heute mit ungleich mehr Berechtigung „eine viel umworbene Braut“ zu nennen wie damals, als Graf Beust das geflügelte Wort sprach. Beweis dessen die Bewerbungen der verschiedensten Freier um unsere Allianz, unser festes Bündniss, die Reisen der Generäle Sumarokoff, Woronzoff, Ignatieff, des Lord Salisbury, der russischen Grossfürsten, der Herren v. Keudell, Prinz Reuss etc. nach Wien, welchen sämmtlich mehr und weniger hochpolitische Zwecke zu Grunde lagen. Damals — unter Beust — bewarb sich noch keine Grossmacht so ernsthaft um unsere Freundschaft und der Autor des obigen „geflügelten Wortes“ hatte mit Ausnahme der Mission Tauffkirchen, welche kaum ernst zu nehmen war, keinen „Bewerber“ zu empfangen oder abzuweisen. Heute dagegen stehen wir zu den Westmächten in ebenso freundschaftlichen Beziehungen, wie zu Preussen-Deutschland; unser Verhältniss zur Türkei ist nicht minder freundlich, wie das zu Russland, und wenn bis zur Stunde unsere Beziehungen zu den „zwei nordischen Kaiserreichen vielleicht um einige Grade noch wärmer sind, als zu anderen Staaten, so mag dies darin seinen Grund haben, weil jene Reiche uns eben näher liegen, und es schon die einfachste Klugheit gebietet, auf den nächsten Nachbar das nächste Augenmerk zu richten. Was Italien betrifft, haben sich unsere Beziehungen zu diesem jungen, etwas unruhigen und steten inneren Krisen unterworfenen Staate wenigstens nicht verschlechtert und wird es einzig und allein von dessen jungen Könige und seiner Regierung abhängen, ob sich diese Beziehungen noch verbessern oder — verschlechtern.

ohne weitere Genehmigung militärische Massnahmen zu treffen, welche zur Wahrung der Reichsinteressen ihm nothwendig erscheinen sollten. Zu diesem Behufe wurde dem Minister des Aeusseren ein ausserordentlicher Credit für die ersten Kosten der Mobilisirung von etwa 2—3 Armeekorps und die Concentrirung grösserer Herresabtheilungen an den Reichsgrenzen bewilligt. Der Reichsfinanzminister Freiherr v. Hofmann traf mit den ansehnlichsten Bankhäusern Wiens Uebereinkommen behufs Flüssigmachung der erforderlichen Geldsummen. Das Uebereinkommen, welches unter verhältnissmässig ganz günstigen Bedingungen präliminirt wurde, sollte jedoch, falls binnen 3 Monaten von der Liquidirung der Anleihe kein Gebrauch gemacht werden würde, ausser Wirksamkeit treten. Ende Oktober war nun Reichsminister v. Hofmann in der angenehmen Lage, den Bankhäusern und Geld-Instituten unter gleichzeitigem Ausdruck des verbindlichsten Dankes für ihre Bereitwilligkeit zu eröffnen, dass die Regierung von den Bestimmungen des Uebereinkommens keinen Gebrauch machen werde etc. Selbst Rabbi ben Akiba, falls er österreichischer Rabbiner wäre, würde sich zu dem Dementi seines Wahlspruches und zum Ausruf genöthigt sehen: „Das ist noch nicht dagewesen!“

3. Das sogenannte Drei-Kaiser-Bündniss, das äusserlich wahrnehmbarste Ergebniss der Politik Andrassy's hat unserer Monarchie bisher nicht den geringsten Nachtheil, wohl aber mehrfach ganz erhebliche und sichtliche Vortheile gebracht, welche um so mehr ins Gewicht fallen, als die Gegenleistungen nirgends und niemals mit unseren Interessen collidirten. Allerdings existirt, wie wir aus besster Quelle unterrichtet sind, in der That nicht einmal ein förmliches Drei-Kaiser-Bündniss. Dem Sinne nach allerdings, aber realiter bestand es niemals, ist und war es eine politische Fiction. Es wurde niemals, weder bei der Entrevue in Berlin „etwas Schriftliches“ gegeben, noch in Wien, weder in Salzburg, noch in Ischel, weder in Reichstadt, noch in Gastein, niemals waren bindende Abmachungen projectirt oder gewünscht worden. Kein festes Programm wurde den Pourparlers zu Grund gelegt, aber man verständigte sich mündlich, und fand, dass man eigentlich über die wichtigsten Prinzipien und über die brennendsten politischen und sonstigen Fragen einiger sei als man geglaubt hatte, und dass selbst in den weniger dissentirenden Meinungen und Fragen eine Verständigung von Fall zu Fall bei allseitigem guten Willen durchaus nicht schwer sein würde. Das hat sich auch bis auf den heutigen Tag bewahrheitet. Im Uebrigen behielt jedes Reich freie Hand. Man liess dem einen Genossen das Vergnügen und den Luxus des Kulturkampfes, ohne dass die beiden anderen dasselbe mitmachten, und man liess einem anderen Genossen freie Hand zu der ihm unumgänglich nothwendigen Action im Orient; billigte weder sein Vorgehen, noch wollte man es gewaltsam verhindern, — letzteres freilich nur so lange nicht, als nicht etwa die eigenen vitalen Interessen darunter Schaden leiden würden. Tritt letzterer Fall ein, dann tritt selbstverständlich derjenige Theil zurück, der sein Interesse verletzt glaubt, und aus dem Drei-Kaiser-Bündniss wird ein Zwei-Kaiser-Bündniss, oder auch vielleicht das nicht einmal. Jeder Theil hat sich schon damals in Berlin (Oktober 1872) freie Hand und das Recht vorbehalten, jederzeit, so bald es ihm gutdünkt, zurückzutreten, ohne dass gerade die bisherige Freundschaft sich ohne weiteres in Feindschaft verwandeln **müsste!** Mag dieses Kaiser-Bündniss noch längere Zeit fort dauern, oder bereits die längste Zeit hinter sich haben, so viel ist gewiss und unbestreitbar: **Den** Vortheil hat es **Europa**, den Nutzen hat es speciell **Oesterreich-Ungarn** gebracht, dass man fünf Friedensjahre hinter sich hat! Wenn schon gar nichts anderes

dadurch erreicht worden wäre, oder noch erreicht werden sollte, so ist die halbe Dekade Friedenszeit ein nicht zu unterschätzender Vortheil für unsere Monarchie, weil sie uns Zeit verschaffte, uns zu erholen, die Bewaffnung und Ausbildung unserer neuorganisirten Armee vorzunehmen, unsere Kräfte zu sammeln, und der Consolidirung unserer zerfahrenen inneren Zustände wenigstens näher zu rücken. Ohne dieses Kaiser-Bündniss würde Europa ein zweiter deutsch-französischer und — ein dritter österreichisch-italienischer Krieg nicht erspart geblieben sein. Ersterer war vor drei Jahren viel näher als man in Oesterreich und in Frankreich selbst glauben mochte, aber Preussen waren gewissermassen die Hände gebunden durch Russlands entschiedenes Veto und Oesterreichs freundschaftliche Abrathungen. Ebenso wurde auf das kampflustige junge Italien ein heilsamer Druck von preussischer Seite geübt und es dem Cabinet Melegari-Nicotera erleichtert, den Trentino- und istrianischen Gelüsten heilsame Dämpfer aufzusetzen. Aus allen diesen positiven Thatsachen geht aber unwiderlegbar hervor, dass das Zustandekommen des Drei-Kaiser-Bündnisses und das Ausbilden desselben, das Festhalten an demselben trotz aller gegnerischen Strömungen ein Verdienst Graf Andrassy's um Oesterreich-Ungarn, ein positives Resultat seiner Politik genannt werden darf. Als Graf Andrassy im Oktober Berlin verliess, zeigte er und sein diplomatisches Cortège fröhliche siegbewusste Mienen. Sein damaliger Adlatus, jetzt Reichsminister Herr v. Hofmann, gab einem sich Informationen erbittenden englischen Berichterstatter die Auskunft: „Durch die Kaiser-Entrevue ist der europäische Friede auf eine Reihe von Jahren gesichert.“ Graf Andrassy selbst sagte den ungarischen Delegirten: „Sie können sich verlassen, das haben wir erreicht; der Friede ist auf mindestens 3 Jahre verbürgt. **Er täuschte sich: — nicht drei, sondern bereits fünf volle Jahre** blieb, wenigstens Oesterreich der Friede erhalten. Wir wünschten, es möchten österreichische Diplomaten niemals andere Täuschungen erfahren als Graf Andrassy in diesem Falle! Behaupten aber werden selbst seine schroffsten Gegner nicht mehr können, dass es „leicht-sinnige Dilettanten-Politik“ war, welche Graf Andrassy im October 1872 in Berlin und seither getrieben hat, wenn er die Aufrechthaltung des fictiven „Drei-Kaiser-Bündnisses“ an die Spitze des Programms seiner Politik setzte. —

4. Die Politik Andrassy's hat Oesterreich-Ungarn die volle Selbstständigkeit und Actionsfreiheit, die „freie Hand gewahrt“, was schon aus den letzten quasi „Enthüllungen“

hervorgeht. Andrassy duldet niemals die Verletzung der vollen Parität Oesterreichs im Drei-Kaiserbund, welche zur Folge hatte, dass Oesterreich sich heute seine Allianzen und Bundesgenossen nach freiem Belieben wählen kann, ohne wort- oder bundesbrüchig zu werden. Unsere Monarchie muss Niemanden Heerfolge leisten, sie kann je nachdem es vortheilhaft erscheint nach Rechts oder Links die Hand reichen. Es gibt gewisse Grenzen, über welche hinaus die österreichische Bereitwilligkeit „mitzuthun und mitzustimmen“ nicht geht. Diese Grenzen kennt man in Berlin und respektirt sie; ebenso kennt man sie in Petersburg und wird sie hoffentlich auch dort respektiren, wie es bisher wenigstens der Fall war. Die Ziele und Absichten der österreichisch-ungarischen Politik sind klar bestimmt und den befreundeten Mächten vollständig bekannt. Preussen weiss, dass wir es in seinem Culturkampf nicht behindern, aber zur Theilnahme an einer internationalen Kirchenpolitik nicht zu bewegen sind, dass wir uns trotz aller Freundschaft und Bereitwilligkeit für seinen „grossen Kanzler“ zu einem antipapistischen Feldzuge gegen das künftige Conclave oder den aus der freien Wahl desselben hervorgehenden Papst nicht werden drängen lassen. Italien weiss, dass Oesterreich eine Störung oder Verhinderung der vollen Freiheit des Conclave ebensowenig dulden möchte als Frankreich dies zugeben wird, wenn auch dort zeitweilig der Protestant Waddington die auswärtige Politik leitet. Frankreich und der Vatikan wissen andererseits ebenso bestimmt, dass Oesterreich, wenigstens so lange Andrassy-Hofmann, Auersperg-Tisza die Staatsgeschäfte leiten, niemals an einem clericalen Feldzug, an einem modernen Kreuzzug gegen das Königreich Humbert's participiren wird, Russland weiss endlich, dass Oesterreich-Ungarn weitgehende territoriale und politische Veränderungen an seinen Grenzen, z. B. ein „Königreich-“ oder „Gross-“ Serbien, oder eine von Russland abhängige, aus Theilen des gegenwärtigen türkischen Reiches gebildete Staaten-Gruppe nicht ruhig hinnehmen, niemals dulden wird. So liegt die Politik Andrassy's auch den auswärtigen Mächten wie ein offenes aufgeschlagenes Buch vor, aus welchem nicht etwa Jeder herauslesen kann was ihm gerade frommt oder beliebt.

Hiermit wären die **positiven** Resultate der Andrassy'schen Politik erschöpft, es wird aber nicht schwer werden aus den uns bekannten Thatsachen auch die Vorzüge und Vorthelle mehr **negativer** Natur herauszufinden.

Negative Vorthelle für die Monarchie erwachsen aus der Politik Andrassy's dadurch, dass

Erstens Russland wenigstens bisher die österreichisch-ungarische Interessensphäre streng und ängstlich achtete und derselben auch in seiner Kriegführung jederzeit volle Rechnung trug, wodurch letztere anfänglich mehrfach erschwert wurde, dass es ferner Serbien, wenn auch nicht von militärischen, doch wenigstens von grösseren politischen Tollkühnheiten und Streichen abhielt und noch allerneuestens in Belgrad jede Provocation der österreichischen Interessen entschieden verboten hat, ferner dass es die panslavistischen Agitationen innerhalb unserer Monarchie seit Beginn des Krieges nicht nur nicht mehr ermuntert, sondern wenigstens officiell und soweit es wahrnehmbar ist, zurückgewiesen hat; dass Russland ferner wenigstens bisher nicht etwaige Friedensbestimmungen aufgestellt hat, welche Oesterreich-Ungarn absolut als unannehmbar bezeichnen müsste;

Zweitens, dass Italien verhindert wurde seine „Gerngross-Politik“ durch eine auswärtige Action zum Ausdruck zu bringen. Die Politik Andrassy's verhinderte die von russischer Seite ventilirte und vielleicht nicht ungern gesehene active Einmischung Italiens in die Orientfrage durch eine Besetzung Bosniens oder anderer Theile der Türkei. Graf Andrassy wies Italien sehr bestimmt „in seine Grenzen zurück“, richtete sehr ernste Worte nach dem quirinalischen Rom, und fand hierbei, was wir mit besonderem Vergnügen constatiren: die moralische Unterstützung der deutschen Reichsregierung. Die „neue freie Presse“ brachte vor Kurzem einen etwas „indiscreten“ Bericht über die Aufschlüsse, welche Graf Andrassy im Budget-Ausschuss der österreichischen Delegation gegeben hat, über welche jedoch das strengste Stillschweigen gewahrt bleiben sollte. Die Officiösen fielen mit ungeheurer Enttüstung über diesen „Vertrauensbruch“ her. Wir wollen weder diese Herren noch das „Weltblatt“ in Schutz nehmen, und nur so viel sagen, dass der Bericht der neuen freien Presse so weit er die Beziehungen zu Italien behandelte, **den uns bekannten Thatsachen vollkommen entspricht.** Wir sind von einer anderen nicht officiös österreichischen, aber höchst verlässlichen und aufs Genaueste unterrichteten Seite in Stand gesetzt, das was Graf Andrassy im Delegationsausschusse gesagt oder nicht gesagt haben soll zu ergänzen und weiter auszuführen: die Abwehr der italienischen Annexionistenparthei von Seite Oesterreichs findet in Berlin volle Billigung und Zustimmung. Wiederholt, besonders nachdrücklich aber Anfangs Herbst v. J. liess Fürst Bismarck das Cabinet Melegari-Nicotera, mit dem er eigentlich niemals so ganz zufrieden war (!) warnen, die Agitation, welche die Annexion des Trentino und Triest's

sich zur Aufgabe gestellt hat, ja nicht zu begünstigen, da es sich sonst Verlegenheiten bereiten möchte, welche das deutsche Reich zu verhindern nicht im Stande wäre. Denn niemals würde es letzteres güttheissen oder gar dazu behilflich sein, dass gewisse früher zum ehemaligen deutschen Bunde gehörige Länder und Theile Oesterreichs von Italien beansprucht und seinem Besitze einverleibt werden sollte. Der Vorwand, dass ein grosser Theil dieser Gebiete italienisch spreche und deren Anschluss an das Königreich geneigt wäre, könne nicht als stichhaltig befunden werden. Herr v. Keudell war beauftragt, auf die Sprachverschiedenheit der polnischen Provinzen Preussens hinzuweisen und zu betonen, dass das deutsche Reich niemals diese Theile herausgeben würde etc. — Zu Crispi, dem Ministercandidaten auf Reisen; welcher Fürst Bismarck in Gastein im vorigen Sommer aufsuchte, äusserte sich der Reichskanzler in ähnlichen bestimmten und warnenden Worten. Die Verhältnisse lägen heute nicht mehr so wie im Jahre 1866; damals sei Preussen im Interesse seiner Selbsterhaltung gezwungen gewesen, ein Bündniss mit einer auswärtigen Macht gegen Oesterreich einzugehen. Letzteres, die damalige Präsidialmacht in Deutschland, würde dasselbe gethan haben, wenn Napoleon III. zugänglicher gewesen wäre. An Versuchen habe es gewiss nicht gefehlt, selbst bekannte damalige mittelstaatliche deutsche Minister haben sich nicht gescheut, französische Hilfe anzurufen, was ihre Souveräne freilich mit grossen Kriegskontributionen bezahlen mussten. Jetzt aber wäre ein Bündniss mit einer ausländischen Macht, zur Bekämpfung der acht Millionen Deutsche zählenden österreichischen Monarchie, ihm auch dann nicht mehr möglich, wenn er selbst hierzu geneigt wäre; denn nimmermehr würde das nationale Gefühl, der deutsche Nationalstolz dies zugeben, ausgenommen etwa in dem sehr unwahrscheinlichen Falle, wenn die jesuitische Revanche-Parthei in Wien an's Ruder gelangen und das deutsche Reich in der Absicht mit Krieg überziehen würde, um die Schöpfung des Jahres 1871 zu vernichten und die ultramontane Oberhoheit über ganz Deutschland wieder herzustellen. Solches möge zwar in den Wünschen mancher Leute in Oesterreich liegen aber nicht in ihrer Macht und würde schon deshalb unmöglich sein, weil, wie er fest überzeugt sei, die Deutschen in Oesterreich bei einer solchen Politik nicht mitthun und sie bald zum Falle bringen würden. Zwischen dem deutschen Reiche und der austro-ungarischen Monarchie, wie sie in den letzten zehn Jahren neu- und umgestaltet worden sei, bestehe eine wahre auf Interessengemeinschaft fussende Freundschaft, welche mehr gelte und eigentlich längere Dauer

verheisse, als die persönliche Freundschaft der Souveräne, welche nicht selten ein Thronwechsel, der Einfluss eines Hofpaffen oder weibische Intriguen zu erschüttern vermögen. Er (Bismarck) habe da gerade keinen concreten Fall im Auge, er wolle nur an einem abstracten Beispiele nachweisen, wie gut Oesterreich und Deutschland seit mehreren Jahren stehen. Dieser Thatsache werde auch Italien Rechnung tragen und sich die Hoffnung auf Gewinn des Trentino und gar erst Triest's aus dem Kopfe schlagen müssen. Eher wäre vielleicht noch Aussicht für die italienischen Patrioten, einmal Savoyen und das Arondissement de Nice (Nizza) zurückzugewinnen, doch möge in dieser hingeworfenen Bemerkung nicht etwa eine Aufforderung seinerseits erblickt werden, den Wiedergewinn dieser verlorenen italienischen Landestheile anzustreben. Was ihn (Bismarck) betreffe, lege er auf Erhaltung des Friedens, wenigstens für Deutschland, den grössten Werth und das grösste Gewicht, und ermuntere Niemanden, seine Hand nach fremden Besitz auszustrecken. Nicht die harten Kämpfe auf dem Balkan noch die Betisen Mac Mahons und seiner Minister seien es, die ihm, was leider so oft der Fall sei, schlaflose Nächte bereiteten, obwohl er gestehen müsse, dass letztere Kämpfe, hinter welchen er die Hand des Vatikans und der Jesuiten gewahre ihn näher berühren als die Kämpfe um Plewna.“ — —

(Sollten vielleicht einige deutsche oder italienische Blätter geneigt sein, den Inhalt dieser Unterredung in gewohnter diensteifriger Weise zu dementiren, so würde der Verfasser nicht Anstand nehmen, aus seiner Anonymität herauszutreten und die Quelle ungescheut zu nennen, welcher er diese schätzenswerthe Mittheilung verdankt. Von officiellster preussischer Seite ist derselbe versichert, darob nicht dementirt zu werden).

Soviel über die Resultate der bisherigen Orientpolitik des Grafen Andrassy. Wer möchte bestreiten, dass sie erfolgreich gewesen sind und Oesterreich heute im europäischen Staaten-Concert eine so hervorragende einflussreiche Rolle spielt, wie es seit dem verhängnissvollen Jahre 1859 nicht mehr der Fall war? Allerdings der wichtigste Theil der Aufgabe der Politik des Grafen Andrassy wird erst nach Beendigung des unheilvollen russisch-türkischen Krieges, bei Feststellung der künftigen staatlichen Ordnung im Orient erfüllt werden, welche ohne Oesterreichs Zustimmung nimmermehr zu Stande kommen wird. Einen Separatfriedensschluss zwischen Russland und der Türkei wird Oesterreich-Ungarn ebensowenig und ohneweiteres hinnehmen und ruhig sich vollziehen lassen als England, auch selbst dann nicht wenn



die Türkei hierzu geneigt wäre. Denn es handelt sich hier nicht etwa nur um türkische, sondern um österreichisch-ungarische Interessen, deren geringste Verletzung Graf Andrassy zu dulden nicht gesonnen ist. Die Türkei könnte vielleicht durch fortgesetzte Kriegsunfälle und verlorene Schlachten müde und geneigt werden, auf russische Soloofferte einzugehen, aber ob Oesterreich-Ungarn als an weitgehenden Veränderungen zunächst beteiligter Staat dies geschehen lassen wird, haben wir Grund zu bezweifeln. Russland würde ebenso klug handeln als die Türkei, wenn es jetzt schon aufrichtige Friedensgeneigtheit zeigen würde, denn selbst wenn es wirklich noch weitere bedeutende Vortheile erringen möchte, würde es diese bei dem Friedensschlusse nicht so unbedingt zur Geltung bringen können, ohne dem Ein- und Widerspruche Oesterreichs zu begegnen. Der „Fall von Adrianopel“ ist jedenfalls das Letzte und Aeusserste, was Russland erringen kann und darf, wenn es nicht über seine vor Beginn des Krieges und noch viel später gegebenen feierlichen Zusagen hinaus gehen und gefährliche Wege betreten will, welche fast sicher die Interessen anderer Grossmächte durchkreuzen würden. Eine Besetzung Constantinopels, wenn auch nur mit der Versicherung auf Zeitdauer oder als Pfand (!) würde doch Europa aus seiner bisherigen Ruhe aufrütteln und aufscheuchen, wenn dieses Europa auch für den ersten Anfang nur aus England und Oesterreich bestehen würde. Das Beispiel dieser beiden Staaten würde Frankreich jedenfalls mit sich reissen — die Reminiscenzen von 1854 würden lebhafter werden als man jetzt noch denken mag. Constantinopel darf niemals in russischen Besitz gelangen, so lange Oesterreich-Ungarn noch seine Stellung als europäische Grossmacht zu behaupten im Stande ist, und gottlob ist dies der Fall, und heute mehr als seit vielen Jahren!

Eine Schwächung der Türkei, welche deren Verblutung und unabwendbares schnelles Siechthum zur Folge haben müsste, könnte Oesterreich-Ungarn nicht zugeben! Die Integrität der Türkei wird heute nach den grossen Opfern, welche Russland gebracht und nach den grossen Niederlagen, welche zuletzt die Türkei erlitten hat, allerdings nicht mehr im strengsten Sinne des Wortes aufrecht erhalten werden können. Nach jedem Kriege ist es das traurige Loos des Besiegten, Opfer zu bringen; auch die Türkei wird diesem Geschehe nicht ganz entgehen können. Das Londoner Conferenz-Protokoll hätte im vorigen Frühjahre als Basis der Neugestaltung der Verhältnisse im Orient dienen können — jetzt ist es ein zum Theil überwundener Standpunkt und wird sich die Türkei gefallen lassen müssen,

dass der schonungslose Sieger in seinen Forderungen darüber hinausgeht; die Türkei hat ja leider seinerzeit in bedauerlicher Verblendung selbst diese acceptable Basis verworfen.

Etwas anders ist es aber mit etwaigen zuweit gehenden Forderungen Russlands, wie z. B. eine längere Besetzung grösserer Theile der Türkei durch russische Truppen als Pfand für die zu zahlenden Kriegskosten. Diese würde Oesterreich schon deshalb nicht ruhig hinnehmen, weil die Geschichte der neuesten Zeit deutlich genug lehrt, dass der Sieger „zeitweilig besetztes Gebiet,“ nicht mehr so leicht herausgibt! L'appetit vient en mangeant! Wir konnten und mussten es ruhig hinnehmen, wenn das siegreiche Preussen-Deutschland in Paris einrückte und sich Elsass-Lothringen einverleibte, aber wir werden eine russische Wiederholung des 1870er Dramas nicht so ruhig und widerspruchslos ertragen, Constantinopel liegt uns doch viel näher als Paris, und wenn die „Wacht am Rhein“ weiter hinausgerückt und eine Wacht an der Mosel und Maas geworden ist, so wird Oesterreich-Ungarn um so mehr Grund haben fest, treu, und eifersüchtig auf fremde Eingriffe die Wacht an der Donau zu halten und die Donau ganz und gar festzuhalten! Im Westen und Norden mögen andere Mächte ihre Herrschaft behaupten, aber im Osten wird man schon so freundlich sein müssen das **Ost-reich** schalten und walten zu lassen. Dort ist unser Revier und gerade seit der Rath des grossen deutschen Staatsmannes zum Theil befolgt und der Schwerpunkt der Monarchie nach Osten verlegt wurde, sind wir für Alles, was dort vorgeht, geschürt und geplant wird, doppelt empfindlich. Diese österreichisch-ungarische Empfindlichkeit möge das siegreiche Russland nicht reizen, sonst würde es unsere Monarchie zwingen, ihm die Freundschaft zu kündigen. Ein eben so heikles Ansinnen wäre die „Oeffnung der Dardanellen.“ Ueber die „Grenzberichtigung in Asien“, d. h. die Abtretung armenischer Gebietstheile und pontischer Küstenorte, wird Europa sich ebensowenig entsetzen, wie über die Unabhängigkeit Rumäniens etc. Was versteht aber Russland unter „Oeffnung der Dardanellen“? Sollen dieselben für die Kriegsschiffe aller Nationen geöffnet und dadurch das gegenwärtige Centrum des ottomanischen Reiches dem gelegentlichen Handstreich zugänglich gemacht werden oder will Russland diese Oeffnung ausschliesslich nur für seine Kriegsschiffe, nur für die Kriegsfahrzeuge der pontischen Uferstaaten? Hierin liegt der eigentliche Kernpunkt der ganzen Friedensfrage für England. Ihre nähere Präcisirung ist entscheidend. Ebenso unklar ist die angebliche Forderung der „Annahme des Conferenzprogrammes für Bulgarien,“ weil hinter diesem

Postulate die Garantiefolge steckt und Russland als Garantie möglicherweise das Verbleiben eines Theiles seiner Truppen als Ueberwachungs-corps in dem zu reformirenden Gebiete verlangen wird. Wenigstens ist bisher im Hauptquartiere zu Bogot die Lösung der Garantiefolge in diesem Sinne gedacht worden.

Mit einem Worte, bei diesen und anderen Punkten wird Oesterreich-Ungarn noch ein gewichtiges entscheiden des Wort mitzusprechen haben und nicht nur dieses allein, wie wir glauben. Fürst Bismarck müsste seine deutsche Politik, seine Grundanschauungen seit wenigen Jahren gewaltig geändert haben, wenn er Russlands Ansinnen, die Donaumündungen, die untere Donau sich tributär zu machen, unterstützen, ja auch nur zulassen könnte. Die Donau ist nicht nur ein **österreichischer**, sie ist auch ein **deutscher** Fluss, und eminent deutsche Interessen sind es, welche dort mit den österreichischen zusammenfallen. So beiläufig konnte man noch vor drei Jahren von Fürst Bismarcks Adlatus, Stellvertreter und seit Keudell's Abgang intimsten und beliebtesten Rath, dem Herrn v. Radowitz hören, welcher hiermit gewiss nicht seine subjectiven Gesinnungen aussprach. Sollte dies seither anders geworden sein und der Kanzler die Donau, eminente süddeutsche Interessen dem Czaarenreiche zu Lieb preisgegeben haben? Das glaube von Bismarck wer es mag — wir nicht. Aber selbst wenn diese Wendung zum Schlechteren in Berlin erfolgt wäre, in Wien und Pesth denkt man über diesen Punkt nicht anders, als jederzeit, und wird dem entsprechend auch handeln wenn es nöthig werden sollte.

Man fasse uns nicht bei unserer empfindlichsten Seite; ne touchez pas à la reine: Danube. Die Königin unserer Ströme werden russische Krieger nicht ungeahndet trüben! Wir schreiben nicht nach officiellen Informationen, aber wir meinen im Obigen mit dem Programme der Andrassy'schen Politik vollkommen übereinzustimmen.

Wenn auch die ungarischen Strassendemonstranten und Volksversammlungspolitiker unsere auswärtige Politik nicht im geringsten beeinflussen werden, so gibt es doch eine **berechtigte**, ungarische Interessenpolitik, hinter welcher die ganze Nation und das Parlament stehen und mit welcher nicht nur Graf Andrassy, sondern jeder Minister des Auswärtigen wird rechnen müssen. Würde russischer Chauvinismus, welchen der gegenwärtige Leiter der russischen Politik sich bisher vom Leibe zu halten wusste, diese Interessen rücksichtslos verletzen, dann bliebe Oesterreich-Ungarn freilich nichts übrig als mit materieller Gewalt sein gutes Recht zu wahren. Also doch der

Krieg! wird mancher Leser unbefriedigt ausrufen, der bisher vielleicht dem Gange unserer Darstellung mit Befriedigung gefolgt ist. Doch der Krieg, dessen Vermeidung ja gerade als das Hauptverdienst der Andrassy'schen Politik gerühmt wurde? Wir bemerken hierauf, dass es ganz etwas anders wäre, wenn Oesterreich keck herausgefordert, in seinem vitalen Interesse bedroht zum Schwerte greifen würde, um sein Recht, seine Existenz zu vertheidigen, als wenn wir vor 9 Monaten bereits oder gar noch früher leichtsinnig das Schwerte aus der Scheide gezogen hätten, wie es Manche hüben und drüben verlangt haben. Niemals und nirgends hat Graf Andrassy das Ziel seiner Politik die Erhaltung des „Friedens um jeden Preis“ hingestellt. Eine solche Politik wäre einer Grossmacht, welche mehr als eine Million tapferer, ausgezeichneten, begeisterter, nach den Regeln der modernen Kriegskunst geschulter und ausgerüsteter Krieger in's Feld stellen kann, unwürdig und wie Professor Herbst treffend sagte, ein Nonsens! Wie ein rother Faden zieht sich durch alle Kundgebungen des Grafen Andrassy — sowohl mündliche Aeusserungen, wie auch Beantwortungen der Interpellationen cis et trans Leithaniam durch die betreffenden Landesminister — der consequente Leitgedanke, dass das Streben nach Erhaltung des Friedens und der Neutralität seine naturgemässe Begränzung in der Pflicht finde, die Sicherstellung und Interessen der Monarchie unter allen Umständen energisch zu wahren.

Oesterreich wünscht heute den Krieg ebenso wenig als im Frühling vorigen Jahres. Wenn aber Russland den Krieg mit Oesterreich-Ungarn will, so kann es ihn heute noch haben und wie Graf Andrassy sehr treffend bemerkte, unter für letzteres jedenfalls viel günstigeren Bedingungen. Dem hochbegabten jugendlichen Führer der national conservativen Parthei Grafen Albert Apponyi, aus welchem sich seit einigen Jahren eine parlamentarische Grösse und staatsmännische Capacität ersten Ranges herausgewachsen hat, und der jedenfalls berufen ist, noch eine bedeutende Rolle im Staatsleben Ungarns zu spielen, auf seine mitunter ganz treffenden Einwürfe erwidern, führte Graf Andrassy des weiteren aus, warum heute jedenfalls für die austro-ungarische Monarchie der Krieg, wenn er schon unvermeidlich werden sollte, günstigere Chancen hätte, als im vorigen Frühjahr. Heute ist unsere Armee vollständig mit den neuen Geschützen bewaffnet, was im vorigen Jahre noch nicht ganz der Fall war, unsere Armee ist intact, unsere Staatskassen sind bis heute völlig verschont geblieben, während Russland bereits einen neunmonatlichen Feldzug hinter sich hat, der seiner Armee 100,000 Mann an Todten, Verwundeten und

Kampfunfähigen und enorme Summen kostete, welche die russischen Staatsfinanzen so sehr erschöpften, dass eine längere Fortdauer des Krieges eine arge Zerrüttung des Geldwesens und eine tiefe Erschütterung des Staatscredits zur Folge haben müssten. Auch darf man überzeugt sein, — was Graf Andrassy freilich dem Grafen Apponyi nicht gesagt hat, aber worüber er gewiss ebenso genau unterrichtet sein wird, als der Verfasser dieser Schrift, — dass im Inneren Russlands selbst höchst gefährliche Erscheinungen zu Tage treten, welche durch Fortsetzung des Krieges neue Nahrung und Vorbereitung finden müssten. Es gibt in Russland mehr zersetzende revolutionäre Kräfte als man denken möchte, die nihilistische und socialistische Parthei arbeiten sich gegenseitig in die Hände und nur fortdauernde bedeutende militärische Erfolge werden im Stande sein, zeitweilig gefährliche Eruptionen zu verhindern. Ohne den Fall von Plewna, dessen Bedeutung gar sehr übertrieben wurde, würde der Czaar kaum gewagt haben, nach Petersburg zurückzukehren. Nur durch Entfaltung und Loslassung revolutionärer und daher zweischneidiger doppelt gefährlicher Mittel wird Russland im Stande sein, den Krieg auf die Dauer fortzuführen, Mittel, welche am Ende doch andere Mächte gegen sein Beginnen herausfordern müssten.

Dass Graf Andrassy den bisherigen Mediationsversuchen von sehr zweifelhaftem Werth und Erfolg eine kühle reservirte Haltung gegenüber beobachtete, kann nur den Werth seiner Politik erhöhen. Weise Vorsicht ziemt dem Freunde wie dem Feinde gegenüber. So gerne und bereitwillig Graf Andrassy gewiss geneigt sein wird, den Frieden zwischen den kämpfenden Theilen zu vermitteln, wenn gegründete Aussicht vorhanden sein wird, dass eine Vermittelung von Erfolg sein wird, so waren doch bis jetzt die Chancen eines Erfolges noch zu gering, um das Gewicht Oesterreich-Ungarns einzusetzen, das sich nicht gerne einen Korb holen möchte, oder am Ende gar deren zwei. Auch mochte Graf Andrassy meinen, dass Oesterreich ebenso wenig Grund habe, Russland als England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir treiben heute mehr Vermittlungspolitik à tout prix, wie noch im Herbst 1870, und nicht überlassen es England zunächst — englische Interessen zur Geltung zu bringen. Wo und wann immer europäische Interessen ins Spiel kommen werden, wird Oesterreich nicht fehlen; aber wann und wo es sich um österreichisch-ungarische Interessen handeln wird — das wird Graf Andrassy jedenfalls am besten wissen. Hierzu es bedarf wahrlich weder einer englischen Aufforderung, noch — eines „neuen freien Press“-Druckes!

Die Stellung des Grafen Andrassy nach Oben hat sich in den letzten achtzehn Monaten in einer Weise befestigt, welche die sicherste Bürgschaft für die Stätigkeit der auswärtigen Politik unserer Monarchie ist. Wir legen umsomehr Gewicht darauf, weil ein Minister, der unsicher ist, ob er bei Durchführung seiner politischen Ziele bis ans Ende auf die Zustimmung der höchsten massgebenden Instanzen rechnen kann, nothwendigerweise in seinen Actionen selbst unsicher werden muss. Gerade die schon Ende 1869 stark erschütterte und untergrabene Position Graf Beust's hinderte denselben, während des deutsch-französischen Krieges eine feste Haltung einzunehmen, wie er es gewünscht hätte und nöthigte Beust, bald den militärischen Strömungen, bald den Pesther Einflüssen und Verwarnungen Rechnung zu tragen, wodurch seine Politik verschwommen wurde, des allgemeinen Vertrauens dadurch aber der Sicherheit und Festigkeit entbehrte.

Ganz anders ist Graf Andrassy's Stellung. Sowohl innerhalb der Regierungskreise, wie am Hofe selbst hat das Vertrauen in seine Leitung der Staatsgeschäfte die tiefsten Wurzeln geschlagen.

Die ostentative Auszeichnung, welche dem Grafen Andrassy gerade am ersten Tage dieses Jahres von des Kaisers Majestät durch Verleihung des höchsten Ordens, welchen der Monarch an Würdenträger des Civildienstes zu vergeben hat — des goldenen Vliesses — zu Theil wurde, konnte mit Recht als ein Beweis und eine Kundgebung des vollsten unbegrenzten kaiserlichen Vertrauens betrachtet werden, wie sie schmeichelhafter nicht sein konnte. *) Selten noch — ja wir

*) Um sich im Auslande von der Bedeutung dieses kaiserlichen Huldbeweises einen Begriff zu machen, erwähnen wir nur u. A., dass die Verleihung des goldenen Vliesses den Besitzer gleichsam zum „Vetter“ des Monarchen macht. In dem kais. Handschreiben, worin dem Grafen die Verleihung der Insignien mitgetheilt werden, lautet die Ueberschrift: *Mon cousin!* Der Orden des goldenen Vliesses, dessen Chef und Souverän der Kaiser ist, zählt gegenwärtig 66 Ritter, an deren Spitze der Kronprinz Erzherzog Rudolf steht, während die Rangordnung der übrigen durch das Jahr der Verleihung bestimmt wird. Demzufolge ist der Vater des Kaisers, Erzherzog Franz Karl, der älteste Ritter (aus dem Jahre 1817), ihm folgt Erzherzog Albrecht (1830) und als drittältester Fürst Johann Adolph Schwarzenberg (1836). Gegenwärtig sind 16 Erzherzoge Ritter des goldenen Vliesses. Ferner gehören zu der Zahl derselben 4 regierende Häupter, nämlich König Humbert I. von Italien, König Albert von Sachsen (1850), König Leopold II. der Belgier (1853) und König Ludwig II. von Bayern (1864), 12 Prinzen auswärtiger regierender Familien und 34 Mitglieder des hohen Adels, unter Letzteren 6 Ungarn, und zwar: Fürst Nicolaus Esterhazy, Fürst Anton Karl Palffy, Graf Franz Nadassy, Graf Johann Cziraky, Graf Thassilo Festetics und Graf Julius Andrassy.

erinnern uns im Moment keines früheren Falles — ist Kaiser Franz Joseph seit er die constitutionelle Aera eingeführt hat persönlich und so entschieden für die Politik eines seiner Minister eingetreten, wie diesmal für Graf Andrassy. Die früher citirten Worte des Kaisers zu dem Abgeordneten Dr. Falk über die Politik Andrassy's und die neueste Auszeichnung des Ministers sind geeignet, auch die letzten Zweifel zu verscheuchen, dass nicht nur die Aktionen des Ministers bis zum heutigen Tage der vollsten Zustimmung des Kaisers sich zu erfreuen haben, sondern dass demselben auch für die Zukunft das Vertrauen desselben und vollkommen freie Hand gesichert sind. Es gibt aber auch keinen Antagonismus mehr zwischen Graf Andrassy und der Militärparthei oder wenigstens deren einflussreichen Führern. Graf Andrassy hat mit diesen „seinen Frieden“ gemacht und nicht er sondern sie haben capitulirt, wenn man die Erzielung einer Verständigung über gemeinsame vaterländische Interessen eine Capitulation nennen könnte. Wenn die Gerüchte von Differenzen in den Anschauungen persönlicher Sympathien und Antipathien des obersten Leiters der austro-ungarischen Politik und des obersten Feldherrn und Führers der k. k. Armee auch stark übertrieben sein mochten, gewiss ist so viel, dass der allverehrte Held und Sieger von Custozza, seit er die Ziele und Erfolge der Andrassy'schen Politik genau kennen und schätzen gelernt hat, nicht nur kein Antagonist sondern einer der entschiedensten Vertreter dieser Politik ist und zwar datirt sich diese Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Minister und Feldmarschall schon vom April v. J. wo sie in den Tagen des Erzherzog-Militär-Dienst-Jubiläums einen herzlichen Ausdruck erhielt. — Zwischen Graf Andrassy und den beiderseitigen Ministerien besteht gleichfalls die erfreulichste *entente cordiale*. Sowohl das Ministerium Auersperg-Lasser wie das Ministerium Tisza kennen und billigen nicht nur die Endziele der Politik Andrassy's, sondern auch die Mittel zur Erreichung derselben und wären bereit, mit dieser Politik zu stehen und zu fallen. Herr v. Tisza hat letzteres im ungarischen Reichstage bereits mehrmals betont. Frictionen innerhalb der drei Regierungen kamen in Oesterreich-Ungarn seit 1871 nicht mehr vor. Aber auch im obersten Rathe der Krone selbst hat Graf Andrassy seit den letzten achtzehn Monaten eine wesentliche Verstärkung erhalten. Der Kriegsminister Graf Bylandt-Rheidt ist ein noch entschiedenerer Vertreter der Andrassy'schen Politik als sein Vorgänger Feld-Zeug-Meister Freiherr v. Koller.

Endlich ist an Stelle des mit Tod abgegangenen Reichsfinanzministers Freiherrn v. Holzgethan Mitte August 1876 ein Mann berufen

worden, der nicht nur ein persönlicher Freund des Grafen Andrassy, sondern als dessen Adlatus und erster Beamter seit Andrassy's Amtsantritt mit dessen Politik so ganz und gar verquikt ist, dass man sich den Einen ohne den Anderen fast gar nicht denken kann. Dass Baron Hofman ein einflussreicherer und verlässlicherer Bundesgenosse Andrassy's ist als sein Vorgänger Holzgethan, eine jener elastischen politischen Kautschuknaturen, wie sie früher in Oesterreich nur zu häufig waren, lässt sich aus beider Männer Antecedentien leicht begreifen. Holzgethan unter Giskra-Herbst Sectionschef im Finanzministerium wurde unter Potocki Leiter dieses Ministeriums und blieb in dieser Stellung als Hohenwart mit Bildung des Ausgleichs Ministeriums beauftragt wurde. Als Hohenwart nach acht Monaten durch Beust und Andrassy gestürzt wurde blieb Holzgethan abermals und trat auch in's neue Cabinet Auersperg-Lasser hinüber, welches gerade die entgegengesetzten politischen Principien vertrat. Später avancirte Holzgethan vom österreichischen zum gemeinsamen austro-ungarischen Reichsfinanzminister, in welcher Stellung er bis zu seinem seligen Hinscheiden blieb, den Grafen Andrassy mit derselben Hingebung und Verlässlichkeit unterstützend, wie früher die Herren v. Potocki, Hohenwart, Auersperg etc. Würde einmal von Oben ein anderer Wind geweht, und es geglitten haben, dem Grafen Andrassy ein Bein zu stellen, so sind wir fest überzeugt, dass Niemand hierzu bereitwilliger gewesen wäre, als sein „lieber Colleague“ Holzgethan. Gar leicht hätte sich's finden können, dass der Reichsfinanzminister mit dem Reichskriegsminister vereint in der obersten gemeinsamen Regierung, die Politik Andrassy's bekämpft, durchkreuzt und derselben jeden Falls erhebliche Schwierigkeiten bereitet hätten. Dieses: „zwei gegen einen“, kann nunmehr wohl nicht so leicht vorkommen.

Es war eine unbegreifliche Superklugheit, oder eine gutgemeinte aber herzlich schlecht ausgeführte Reclame für Herrn v. Hofman, wenn unmittelbar nach dessen Ernennung zum Reichsfinanzminister gewisse Wiener-, schweizerische und französische Zeitungen (*Journal des Débats*) von einem „die Treppe Hinaufwerfen“ oder einem artigen „Hinausbecomplimentiren“ Hofman's aus dem auswärtigen Ministerium fabelten. Hätte zwischen Andrassy und seinem Sectionschef so greller Antagonismus oder Rivalität bestanden, wie solche Entstellungen voraussetzen liessen, dann hätte der Minister kaum bei Sr. Majestät beantragt, den untergebenen Beamten zu seinem Collegen zu befördern und ihm dadurch eine entscheidende Stimme im Rathe der Krone zu sichern. Der „Herr Sectionschef“ hätte ja am Ende seinem Minister weniger Schwierigkeiten

bereiten können; als der Colleague des Reichsministers! Noch weniger würde Graf Andrassy den ihm „unbequemen“ ausscheidenden Rivalen (!), nachdem dieser aus dem auswärtigen Amt ausgeschieden war, mehrere hochwichtige Ressorts des auswärtigen Dienstes überlassen haben, wie z. B. die oberste Leitung des „literarischen Bureau“ (wie das Pressdepartement nach Berliner Muster umgetauft wurde) durch welche die Fäden der auswärtigen Politik in den Händen des Herrn v. Hofman zusammenlaufen, der so zu sagen mit einem halben Fusse im Reichsfinanzministerium und mit anderthalb Füßen im auswärtigen Ministerium steht. Einer solchen Selbstverläugnung, die nahezu an politischen Selbstmord grenzen würde, dürfte aber Niemand den klugen Andrassy fähig halten! Andererseits aber würde Hofman seinen „Freund Gyula“ und sein eigenes Kind, die Politik, bei welcher er so zu sagen Gevatter stand, verläugnen und verrathen, wenn er mit einem Male Front gegen diese machen wollte, die er — schon unter Beust — mit inauguriren half und welcher er seine besten Jahre und hervorragenden geistigen Kräfte widmete.

In Wahrheit hat Graf Andrassy durch diese „Hinausbeförderung“ Hofman's eine der gewichtigsten Stützen für seine Politik nach Oben und Unten sich verschafft. Wir sagten: nach Oben. Um dies zu verstehen, muss man die Beziehungen kennen, welche Herr v. Hofman zu dem Hofstaate, und zwar sowohl zu der noch immer einflussreichen Umgebung, wie zu den höchsten und Allerhöchsten Kreisen selbst einnimmt. Es ist bekannt, dass als Graf Beust im Späthherbst 1871 etwas unfreiwillig abgetreten wurde, Sectionschef von Hofman Gentleman genug war, aus naheliegenden Gründen ebenfalls seine Demission zu geben. Es ist aber auch bekannt, dass der Kaiser darauf bestand, dass Hofman seine Dienste dem Staate nicht entziehe und dass Graf Andrassy selbst zur Bedingung der Annahme des auswärtigen Ministeriums das Verbleiben Hofman's in seiner bisherigen Stellung machte, dessen Geschäftskennntnisse, Verbindungen und ungewöhnliche Talente er nicht entbehren könne. Das noblesse oblige wäre also schon ein Band, fest genug, beide Staatsmänner aneinander zu binden. Hierzu kommt nun noch Hofman's Stellung nach Unten. Allgemein hört man die gesellschaftlichen Talente, das conciliante Wesen, die ausserordentliche Liebenswürdigkeit und das, wie man ziemlich allgemein glaubt, aufrichtige Wohlwollen des nunmehrigen Staatsschatzverwahrers rühmen, welches ihn zum Mittelpunkte der Wiener Gesellschaft, ganz besonders aber der haute finance und der Künstlerschaft

gemacht hat. Das leider in Oesterreich-Ungarn, wo wir mit nicht weniger als einundzwanzig Ministern gesegnet sind, fehlende Ministerium „des beaux arts“ ersetzt Herr v. Hofman gewissermassen durch seine persönliche, theils amtliche, zum grösseren Theile aber freiwillige Thätigkeit. Von den Bayreuther Festspielen, dem lärmenden Nibelungenring bis zum spezifisch wienerischen Musikgenre des Johann Strauss und seines würdigen Nachfolgers Eduard, von der klassischen Tragödie im Burgtheater, dessen oberster wohlwollender Censor der vielbeschäftigte Mann ist, bis zur Wiener Posse eines Kaiser, Hafner, Berg, Elmar Berla und wie die modernen Wiener Aristophanesse alle heissen, gibt es keinen Genre, keinen Kunstzweig, keine Stylgattung, welche sich nicht des Schutzes und der Gunst, und wenn seine Mittel reichen, der thatkräftigen Unterstützung Hofmans zu erfreuen hätten, dem seine Gegner (wenn er solche überhaupt hat) alles Schlimme nachsagen können, nur nicht Einseitigkeit. Wenn man sich erinnert, wie in Oesterreich bis zum Jahre 1859 Kunst und Wissenschaft, einige wenige Gattungen abgerechnet, mehr als stiefmütterlich behandelt wurden, dann wird man es mit Freude und Genugthuung begrüßen dürfen, dass ein so hochgestellter einflussreicher Staatsmann das Kunstmäcenatenthum so zu sagen zur „Staatssache“, zum staatspolitischen Ressort gemacht hat und wird gerne Nachsicht üben, wenn sein persönliches und vielleicht zu grosses Wohlwollen nicht immer nur die Kunst, sondern bisweilen auch Pseudokunstjünger und Jüngerinnen liebevoll umfasst.

Da wir aber schon einmal im „Absprechen“ und in der ächt österreichischen pessimistischen Laune sind, das „Strahlende zu schwärzen“, und da wir mit unserer Schrift auch nicht auf das „grosse Wohlwollen“ und auf die „vollen Kassen“ (!) des humanen allezeit aushilfsbereiten Reichsfinanz- und Pressministers speculiren, sprechen wir es ungescheut aus, dass auch wir, wie so manche Leute von dem Eintritte des Baron Hofman in das Reichsfinanzministerium noch mehr und Besseres erwartet haben als die Unterstützung der Andrassy'schen Politik nach Oben und Unten. Man erwartete von dem gewandten, in Vermittelung der Gegensätze bisher sehr geschickten Staatsmanne, dass er das durch Becke, Lonyay und besonders Holzgethan etwas in Misskredit gerathene Reichsfinanzministerium (dessen Existenz manche sogar als ganz überflüssig bezeichnen möchten, wenn es nicht auf Grund der Ausgleichsgesetze seine Existenz fristen müsste, dem Hangen und Bangen in schwebender Pein nur zu ähnlich) mit neuem Leben und Geist erfüllen und zu einem wirklichen obersten Reichsamte gestalten würde.

Man erwartete von ihm gesunde schöpferische Ideen, die Initiative zu gemeinsamen Staatsfinanzreformen. Eine geistvoll geschriebene und positive, unter gewissen Umständen auch ausführbare Ideen enthaltende, im letztvergangenen Winter erschienene Broschüre, welche (vielleicht irrtümlich auf Hofman'sche Inspirationen zurückgeführt wurde) weckte in uns weitgehende Hoffnungen und Erwartungen. Wir sahen schon in Herrn v. Hofman einen zweiten Bruck erstehen — denn seit dem Tod dieses bedeutenden, leider zur Unzeit verbrauchten und aufgeriebenen Mannes hat ja Oesterreich keinen Finanzleiter mit selbstständigen praktischen Reformideen mehr gehabt! Anleihen unter mehr oder minder ungünstigen Bedingungen contrahiren, würde am Ende der nächstbeste Finanz- oder Rechnungsrath auch zu Stande bringen!

Man glaubte, der rege nimmer ruhende Ehrgeiz, der vielseitig begabte Geist des Herrn v. Hofman hätte sich in aller Stille auf die National-Oekonomie, Staatsfinanzwirthschaft und verwandte — etwas trockene — Fächer geworfen und würde vor den erstaunten Zeitgenossen mit einem zwar nicht weltumgestaltenden aber unsere Monarchie und deren wundensten Punkt regenerirenden Reichsfinanzprogramm debutiren.

Wenn man auch von einem solchen nicht die Tilgung aller alten und neuen Schulden im Handumdrehen erwartete, so hofften Viele doch die Convertirung der Staatsschulden in eine einzige gemeinsame Reichsschuld. Mit Hilfe eines neuen, wohl letzten grossen Reichs- oder National-Anlehens sollte etwa unser im Auslande — besonders im deutschen Reiche befindliches Silber angekauft und die fast nicht mehr aufschiebbare Herstellung der Valuta versucht werden, um unseren gesunkenen Credit im Auslande zu heben. Im Geiste hörten gewisse Optimisten, deren es freilich in Oesterreich nicht gar viele gibt, auch die Einführung der Goldwährung in Oesterreich-Ungarn bevorworten und die Vortheile dieser Massregel erläutern. Aber es kam doch anders. Es wurde Herbst und Winter, die Blätter fielen gleich den Cursen österreichischer Staatspapiere, und es kam kein Silber. Der holde Lenz erschien abermals, musste sich von berufenen und unberufenen Poeten besingen lassen, theilte seine Gaben aus, aber die Herstellung der Valuta war nicht darunter. Und wieder wurde es Herbst und wieder Winter — und der Frühling ist abermals nicht mehr so ganz ferne, aber so gewiss wir hoffen dürfen, dass die schöne Natur in unserem herrlichen Vaterlande grünen und blühen werde, so fest überzeugt sind wir leider auch, dass unsere Staatsfinanzwirthschaft

auf keine grünen Zweige kommen, keine goldenen Früchte treiben wird, und dass wir trotz Herrn v. Hofman's Reichsministerschaft noch einige Zeit auf Herstellung der Valuta warten können, wozu, um mit dem verstorbenen Carl Treumann und dem noch lebenden aber verkannten Volksdichter Theodor Flamm zu sprechen nichts weiter gehört als — „Gesundheit und a recht a langs Leben!“ —

Der neue Reichsminister hat also gleich manchen anderen früheren Ministern die — freilich zu sanguinischen Hoffnungen und Erwartungen, die man in ihn setzte, einigermassen enttäuscht. Seine Thätigkeit scheint bisher mehr „hinter den Coulissen“ gewaltet zu haben, wo er freilich manches neue Engagement zu Stande gebracht und manches ältere zu Ende gegangene und bedrohte glücklich erneuert haben soll. Nur schade, dass es seinem unvergleichlichen Vermittlungs- und Arrangements-Talente noch nicht gelungen ist, den neuen Contract zwischen Frau Austria und der etwas widerspänstigen Madame Hungaria zum definitiven Abschlusse zu bringen und dadurch die bereits etwas langweilig und bedenklich gewordene Ausgleichs-Comödie ein für allemal von dem Repertoire Oesterreich-Ungarns zu beseitigen. Das wäre die Lösung einer Preisaufgabe gewesen, würdiger und beifall-lohnender, als die jüngst im Wiener Stadttheater unter der Aegide Laube's gänzlich verunglückte Preislustspiel-Campagne.

Wir wollen übrigens von Herrn v. Hofman nicht scheiden ohne unserem harten Tadel, unserer etwas scharfen Kritik ein Schönheits-pflästerchen aufzulegen, wie solche der galante Staatsmann auf den Wangen der von ihm bevorzugten gräflichen Theaterliebhaberinnen und in den über ihre Leistungen geschriebenen Kritiken liebt. Wer weiss, was geschehen wäre, wenn das leidige Kriegsspiel uns nicht auf den Leib gerückt wäre und alle guten Finanzvorsätze und Reformenflüge im Keim erstickt und vernichtet hätte. Das Orient-Drama von dem Repertoire des *teatrum mundi* absetzen zu lassen, lag freilich ebenso wenig in der Macht des Reichsfinanzministers als in der seines Freundes, unseres Ministers „des affaires étrangères.“

Dieser unheilvolle Krieg bedrohte aber nicht nur das goldene Horn und die hohe Pforte, sondern in zweiter Linie auch die kühnen Finanzpläne, die Goldwährungsprojecte in der Wiener Himmelpfortgasse! Während des Krieges an unserer Ostgrenze, der zum Weltkrieg zu werden droht, und vor Beendigung unseres unheilvollen inneren Zoll-Quoten- und Hundert Millionen-Krieges eine Cardinalreform unserer Reichsfinanzen in Angriff zu nehmen, das wäre eine Idee, tollkühn,

und dem muthigen Ritter, der unbeirrt um das Geschrei und das Gejohl der „Alten“ sein Werk durchgeführt, die verdiente Auszeichnung von berufenster Seite zu Theil wird. —

Graf Andrassy hat freilich schon vor gänzlich vollbrachter That den höchsten Lohn, den grössten Preis für sein Wirken und Schaffen erhalten, aber auch der Sohn des Aeson hatte noch Schweres zu vollbringen und Thaten zu verrichten, welche seine ganze Manneskraft in Anspruch nahmen, nachdem er bereits das goldene Vliess gewonnen hatte. Der Drache, den Jason zu besiegen hat, fehlt auch bei uns nicht, und die Drachensaat, welche frühere Decennien auf dem gesegneten Boden Oesterreich-Ungarns gepflanzt haben, trägt noch heute ihre bösen Früchte. — Pindar, der herrliche Dichter, erzählt uns, dass Jason, der ehemals vom heimatlichen Boden durch Gewalt vertriebene, nach seiner Rückkehr in's Vaterland mit folgenden Worten in das Haus des Pelias trat: „Einem Geschlecht gehören wir an, und als Blutsfreunde dürfen wir mit Schwert und Speer nicht entscheiden — ehrlich wollen wir theilen wie es Brüdern ziemt; ich verlange nichts von dir zurück, als den Königsepter und den Thron, auf welchem einst die Väter sassen.“ — Diese Worte des ersten Trägers des goldenen Vliesses möchten wir dem jüngsten Ritter dieses hohen Ordens — dem Grafen Andrassy zurufen. Sie passen so ganz auf das Verhältniss zwischen unseren beiden Reichshälften. Als ein zweiter Jason hat Graf Andrassy, aus der Verbannung zurückgekehrt, seinem ungarischen Vaterlande das gebracht, was „Schwert und Speer“ nicht zu bringen im Stande waren. Das Zaubermittel, das er in Anwendung brachte, hiess Versöhnung des Volkes mit seinem angestammten Könige: Wiederherstellung des legitimen Thrones der Väter und des Königsepters. Nicht unheimlicher Schlummergetränke, wie sie die Kolchische Jungfrau braute, nicht versteckter List bedurfte es hier; das begeisternde und überzeugende Wort eines Mannes — des grössten Patrioten Ungarns — genügte hier, um den Drachen der Zwietracht zu besiegen und den Bann zu brechen, der auf Land und Volk lagerte. Das Versöhnungswort Franz Déaks war der medeeische Zauber- gesang, welcher die bösen Geister verscheuchte, die zwischen der hohen Königsburg und dem treuen ritterlichen Volke sich gelagert hatten. Von lichten Himmelshöhen blickt heute der zu seinen Vätern heim- gegangene grosse Déak herab auf sein Volk, das ihn bei Lebzeiten das „Gewissen Ungarns“ nannte, wie er schon vor zehn Jahren gerufen ruft er auch heute und seinem Volke mit lauter Stimme, dass man es über den Leithafluss hören mag: „Einem Geschlecht ge-

hören wir an, und als Blutsfreunde dürfen wir mit Schwert und Speer nicht entscheiden.“

Verlassen wir das Land und die Sprache der Tropen und reden wir deutsch und ohne Umschreibung. Heute nach zehn Jahren droht der Schöpfung des grossen Déak neuerdings Gefahr. Böse oder ungeschickte Geister cis et trans lauern mit dummer und boshafter Schadenfreude auf den Moment, in welchem der kühne Neubau wieder zerfällt, gleichviel ob an dessen Stelle das Chaos, die Anarchie — der Zerfall Oesterreichs tritt! Täuschen wir uns nicht, es ist eine Sisyphus Arbeit, welche die Ministerien Auersperg und Tisza seit Jahr und Tag verrichten. Am 1. Januar 1877 hoffte man in kurzer Zeit werde das Ausgleichsrezept gefunden sein und — am 1. Januar 1878? Da hoffen wir abermals, dass wir dem Ausgleichs-Abschluss „näher gerückt sind“!!!! Und dies Angesichts des drohenden Weltbrandes, der neuen Götterdämmerung im Osten! Bereits arbeiten wirre Gesellen daran, in dem von Gott und der Natur so grossmüthig begünstigten vaterländischen Boden statt der Ceres gelbes Korn neue grässliche Drachenzähne zu säen, bereits droht man mit „Zollschranken“, Grenzwachthäusern, welche zwischen Solchen die „einem Geschlecht angehören“ nicht viel anderes wären, als „Schwert und Speer“. Das kann, das darf nicht mehr so fortgehen! Graf Andrassy ist der natürliche Erbe des grossen Déak, und zu tapfer und ritterlich, um sich hinter seine Kompetenz oder Nichtkompetenz zu verschanzen, wenn es gilt einzugreifen, Hilfe zu leisten und dem weiteren Zersetzungsprozess Einhalt zu thun. Hat Andrassy auch nicht mehr seinen Amtssitz in der Königsburg zu Buda-Pesth, sein Name hat doch in Ungarn noch den besten Klang, und wirkt sympathisch auf seine Landsleute.

Die Ministerien Auersperg und Tisza haben das Ihrige gethan — jetzt thue Graf Andrassy das Seinige. — Nicht mehr die einzelnen Landes- und Stammes-Interessen stehen auf dem Spiele, nein, das Reichs-Interesse selbst ist auf's Empfindlichste berührt! Oesterreich-Ungarn darf Angesichts der kommenden Weltereignisse und der drohenden Gefahren nicht mehr ein Staat auf Kündigung bleiben, dessen Rechtsgrundlagen dreimonatliche Provisorien sind.

Zwei gewichtige Stimmen, eine inländische und eine fremde aber uns befreundete haben, ihr Verdict über dieses einer Grossmacht unwürdige Verhältniss gegeben. Die Handels- und Gewerbekammer der ersten und grössten Stadt des Reichs hat in ihrem Jahresbericht ein vernichtendes Urtheil über diese provisorische Lage gefällt, durch welche das Vertrauen, der Credit des Auslandes aufs Tiefste erschüttert,

Handel und Gewerbe den empfindlichsten Nachtheilen und Verlusten ausgesetzt werden müssen. Solche Stimmen aus competenten Fachkreisen wiegen in Zeitläuften wie die gegenwärtigen oft mehr als Resolutionen in sich uneiniger, vom Partheigeist zerrissener, frühzeitig seniler Parlamente, und nichts wäre in Oesterreich leichter als eine Agitation dahin zielend, sämtliche Handelskammern der Monarchie zum Anschluss an diese spontane Kundgebung der Wiener Handelskammer zu vermögen, und so durch eine Enquête die Unmöglichkeit der Fortdauer der unausgeglichenen provisorischen Zustände zu demonstrieren.

Die zweite verwarnende Stimme kam aus dem hohen Norden von einem weiland Feinde, nunmehr aufrichtigen, weil eben interessirten Freunde unserer Monarchie. Wird man schon das: *ab hoste doceri!* gelten lassen müssen, um wie viel mehr noch wird man von einem politischen Freunde lernen können, wenn dieser noch dazu ein Staatsmann ist, der immerhin -- einige Erfolge aufzuweisen hat? Der Staats-Philosoph von Varzin soll vor wenigen Monaten, als die Sprache auf Oesterreich, dessen Politik und Lage kam, gesagt haben: Er halte Oesterreich nach Aussen für kräftiger und einflussreicher als es seit Metternichs Zeiten gewesen sei, und sei aufrichtig befriedigt davon, weil diese Monarchie durch ihre geographische Lage, dadurch, dass sie mit einem Arme gleichsam in die Barbarei mit dem andern in die höchste Civilisation hineinreiche, als Bindeglied zwischen Ost und West wie zwischen Nord und Süd von grösster europäischer Wichtigkeit sei und noch manche civilisatorische Aufgaben und Cultur-Missionen zu erfüllen habe. Aber gerade weil Deutschland interessirt sei, dass Oesterreich-Ungarn diesen Aufgaben, wenn sie herantreten, gewachsen sei, erfülle es ihn mit einer gewissen Besorgniss und Unruhe, dass der fortdauernde innere Zwiespalt und die ewigen Ausgleichsdebatten und Streitigkeiten die besten Kräfte des Staates lähme und aufzehre. Die stäte Wiederkehr dieser Krisen und die traurige Ueberzeugung, dass es mit dem ersten und auch mit dem zweiten ja vielleicht auch mit dem dritten Ausgleiche noch nicht abgethan sei, und man nach einem gewissen Zeitraume wieder von vorne anfangen, wieder miteinander ringen, Gladiatorenkämpfe führen, und was noch mehr ist, gleich Schacherjuden feilschen und mäkeln müsse, sei die bedenklichste Erscheinung im befreundeten Kaiserstaate. Das komme ihm vor wie ein schleichendes Fieber, welches, wenn es nicht nach den ersten und zweiten Symptomen radical curirt wird, lebensgefährlich werden kann, indem es die besten gesunden Säfte absorbirt.

Wäre er ein Rathgeber Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, so würde er demselben rathen: Majestät, appelliren Sie an Ihre Völker dies- und jenseits der Leitha; was den Parlamenten allzuschwer gelingt, wird Ihnen ein Leichtes sein. Machen Sie die Lösung der Differenzen zwischen der Ost- und Westhälfte Ihres Reiches zu einer Majestätssache und ich garantire Ihnen, der Ausgleich ist binnen zwei Wochen fix und fertig.“

Wenn wir auch das vom deutschen Reichskanzler angeblich aufgestellte Beispiel nicht ganz zutreffend finden, darin stimmen wir doch mit ihm überein, dass die schnellste und unaufschiebbare Lösung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches zur Cabinetsfrage gemacht werden muss und zwar nicht nur von den österreichischen und ungarischen Ministerien, sondern auch von den gemeinsamen Reichsministern, dem Grafen Andrassy an der Spitze. Ein ungarisches Blatt hat im Spätherbst v. Js. einen sehr treffenden Artikel gebracht, worin es ausführt, dass im Falle die Ausgleichsgesetze im Reichsrathe oder im ungarischen Reichstage auf neuerliche Schwierigkeiten stossen sollten, Graf Andrassy die Angelegenheit in die Hand nehmen und seinen Einfluss dahin geltend machen würde, mit der Demissionirung des Reichsministeriums auch die Demission des cis- und transleithanischen Cabinets anzustreben, um auf diese Weise einen heilsamen Druck auf die Vertretungskörper zu üben. Mit Befriedigung las man diese Auseinandersetzungen, in welchen man das Aktionsprogramm Andrassy's zu erblicken meinte. Aber leider erwartete man diese Andrassy'sche Operation bis heute ebenso vergeblich, wie die angekündigten Finanzreformprojecte des neuen Reichsfinanzministers.

Jetzt, wo wir bereits eine Woche des Jahres 1878 wieder zurückgelegt haben, ohne dass der Ausgleich perfekt geworden wäre, tritt geradezu an den Grafen Andrassy, den Mitschöpfer der dualistischen Staatsordnung der Habsburger Monarchie, die unabweisbare Pflicht heran, das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit, seiner Stellung nach Oben und Unten einzusetzen, um endlich fertige bleibende Zustände zu schaffen. Den Grad von Patriotismus trauen wir beiden Landesvertretungen zu, dass sie sich nicht der Verantwortlichkeit aussetzen werden, die Monarchie in der gegenwärtigen grossen Umgestaltungsepoche einer dreifachen Ministerkrisis preiszugeben, und einiger, am Ende gar nicht mehr so bedeutender Divergenzen wegen, die höchsten Interessen des Ganzen und der einzelnen Theile auf's Spiel zu setzen.

Der Ausgleich **muss** zu Stande kommen, darüber sind

alle klaren und ehrlichen Geister in Oesterreich und Ungarn längst mit sich einig — er muss es aber bald! Er **wird** auch zu Stande kommen und zwar gewiss vor Ablauf des unseligen neuesten Provisoriums, (das gar nicht angenommen hätte werden dürfen) — wenn Graf Andrassy das sehnsüchtig von ihm erwartete Wort spricht, welches die Führer und Partheihäupter dies- und jenseits zwingen würde, den festgehaltenen Rest ihrer principiellen Bedenken aufgeben. — Graf Andrassy darf überzeugt sein, diese letzteren werden es ihm Dank wissen, wenn er sie aus der Sackgasse, in welche höchst ehrenwerthe, aber nicht immer nützliche, weil zu weit getriebene Principientreue sie gebracht hat, befreit, und der ungeheueren Verantwortlichkeit enthebt, das ganze Werk nochmals, einiger Divergenzpunkte wegen gescheitert zu sehen.

Graf Andrassy ist in der glücklichen Lage diesmal nicht das Ministerium Auersperg gegen das ungarische, oder das Cabinet Tisza gegen das österreichische ausspielen zu müssen. Mit beiden ihm treu zur Seite stehenden Regierungen mag er den Parlamenten die „*conditio sine qua non*“ vorlegen, denn wie heute die Dinge liegen, kann Ungarn ebenso wenig sein Ministerium. Tisza als Oesterreich das Cabinet Auersperg-Lasser — Unger entbehren.

König Aëtes sprach zu Jason, als dieser nach dem goldenen Vliess verlangte: „Wenn du das vollbringst, o Führer, so magst du noch am selben Tage das Vliess mit dir nehmen und nach deines Königs Haus ziehen.“ —

Graf Andrassy **hat bereits dieses goldene Vliess errungen** und trägt es mit Stolz und nicht ohne Verdienst. Wir gönnen es ihm aufrichtig, aber da wir keine Schmeichler und Lobredner des Staatsmannes, sondern nur streng gerechte Beurtheiler seiner politischen Thaten und Handlungen sind, erinnern wir ihn an die Antwort, welche Jason dem Könige auf dessen obige Aufforderung gab: So gross diese Arbeit ist, so will ich sie doch bestehen, o König, und wenn ich darüber zu Grund gehen sollte; ich gehorche der Nothwendigkeit, die mich an diese Stelle gebracht.

„Gut“, sprach der König — „geh' jétzt zu deiner Schaar, aber besinne dich! Gedenkst du nicht Alles auszuführen, so überlass es mir, — und mache dich aus dem Staube.“ —